Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966 ✦ Sonnabend, 18. März 1989 ✦ Nr.55 (5 933) ✦ Preis 3 Kopeken

Informationsmitteilung

über das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 16. März begann auf dem Plenum des ZK der KPdSU die Erörterung des Berichts des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow „Über die Agrarpolitik der KPdSU unter den gegenwärtigen Bedingungen".

In den Debatten sprachen: W. I. Potapow — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Irkutsk, J. J. Sokolow — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Belorußlands, D. K. Motorny — Vorsitzender des Kirow-Kolchos, Ukrainische SSR, A.-M. K. Brazauskas — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Litauens, W. K. Mesjaz — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Moskau, I. I. Lukinow — Mitglied der Lenin-Unionsakademie der Landwirtschaftswissenschaften und Direktor des Forschungsinstituts für Ökonomik der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR, N. A. Nasarbajew — Vorsitzender des Ministerrats der Kasachischen SSR, J. I. Litwinzew — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Tula, W. S. Murachowski — Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees der UdSSR, J. I. Tschasow — Minister für Gesundheitswesen der UdSSR, N. I. Malkow — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Tschita, R. N. Nischanow — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Usbekistans, A. W. Wlassow — Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrats der RSFSR, I. S. Boldyrew — Erster Sekretär des Regionskomitees der KPdSU Stawropol, K. Machkamow — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Tadshikistans, N. W. Gellert —Mechanisatorin im Sowchos „Amangeldy", Kasachische SSR, A. A. Ananjew — Chefredakteur der Zeitschrift „Oktjabr", V. I. Välas — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Estlands, F. W. Popow — Erster Sekretär des Altaier Regionskomitees der KPdSU, I. G. Grinzow — Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine, N. W. Perewersewa — Mechanisatorin und Nachwuchsausbilderin im Kolchos „Put Lenina", Gebiet Rostow, N. M. Olschanski — Minister für Mineraldüngemittelindustrie der UdSSR, I. I. Kuchar — Vorsitzender des Unionsrates der Kolchose, Vorsitzender des Kolchos „Wladimir Iljitsch", Gebiet Moskau, A. A. Nikonow — Präsident der Lenin-Unionsakademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Zum Schluß ergriff der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow das Wort.

Das Plenum faßte zur erörterten Frage einen umfassenden Beschluß, der demnächst in der Presse veröffentlicht wird.

Die Mitglieder des ZK der KPdSU W. P. Tichomirow — Bohrwerksdreher im Moskauer Elektromechanischen Werk „Wladimir Iljitsch", W. A. Petrow — Dreher in der Produktionsvereinigung „Malyschew-Werk" von Charkow, W. A. Satwornizki — Leiter einer Komplexbrigade in der Projektierungs- und Bauvereinigung „Mosstroi", W. S. Tschitscherow — Leiter der Montageschlosserbrigade in der Produktionsvereinigung für Turbinenbau „Leningrader Metallwerk", W. N. Pletnjowa — Weberin im Leinkombinat „W. I. Lenin" von Kostroma, die Kandidatin des ZK der KPdSU W. R. Parschina — Gemüsebaubrigadierin im Sowchos „Detskoselski", Gebiet Leningrad, das Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU W. S. Odobescu—Zuschneiderin in der Schuh-Produktionsvereinigung „Zorile" von Kischinojw und andere Genossen unterbreiteten auf dem Plenum den Vorschlag, einige Reden des Mitglieds des ZK der KPdSU B. N. Jelzin zu erörtern und einzuschätzen, die ihrer Meinung nach den politischen Zielsetzungen des ZK, der Parteiethik und den Statutnormen der KPdSU widersprechen.

Das Plenum erachtete es als notwendig, eine Kommission aus Mitgliedern des ZK der KPdSU zu beauftragen, diese Frage aufmerksam zu prüfen und ihre Schlußfolgerungen dem fälligen Plenum des ZK der KPdSU zu unterbreiten.

Damit schloß das Plenum des ZK der KPdSU seine Arbeit.

Deputiertenmandate der Partei

Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR von der KPdSU

Am 15. März fanden auf dem Plenum des ZK der KPdSU die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion statt.

Vor Beginn der Wahlen hielt der Vorsitzende der Wahlkommission von der KPdSU **W. A. Koptjug** eine Ansprache.

Gemäß dem Gesetz über die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR und den auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom 10. Januar gefaßten Beschlüssen, sagte er, steht uns bevor, die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion durchzuführen. Nach der Aufstellung und Registrierung der Volksdeputiertenkandidaten der UdSSR von der KPdSU sind nun zwei Monate verflossen. Die ganze Wahlkampagne beruhte auf einer exakten, realistischen politischen Plattform, die im Wahlaufruf des Zentralkomitees der KPdSU zur Partei und zum Sowjetvolk dargelegt wurde. Dieses Dokument führte ein übriges Mal vor Augen, daß die Partei in der Tat als Avantgarde und die führende Kraft der Gesellschaft auftritt. Sie beabsichtigt, unbeirrt den Weg der Umgestaltung weiterzugehen und eine Erneuerung unserer sozialistischen Gesellschaft durch ihre allseitige Demokratisierung, eine radikale ökonomische Reform, die Wiedergeburt der Macht der Sowjets und die Bildung eines Rechtsstaates zu erreichen.

Das im Aufruf enthaltene Aktionsprogramm wurde dem Programm eines jeden Volksdeputiertenkandidaten von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zugrunde gelegt. Dabei wurden viele Elemente unseres allgemeinen Programms vom Standpunkt ihrer Realisierungswege auf Grund der Arbeitserfahrungen der Kandidaten selbst und der Diskussionen weiterentwickelt, die während ihrer Treffen mit den Kommunisten und der Öffentlichkeit stattfanden.

Es sei betont, unterstrich der Redner, daß die zum Abschluß gekommene Wahlkampagne sich durch neue Herangehensweisen in allen Etappen ihrer Durchführung auszeichnete. An der Ausarbeitung der Vorschläge von Kandidaturen waren in der Etappe, die der Nominierung vorausging, über 105 000 Parteiorganisationen beteiligt. Den höherstehenden Parteikomitees sind von ihnen 31 500 Kandidaturen zur Begutachtung vorgelegt worden. Über 12 000 Telegramme, Briefe, Auszüge aus Beschlüssen der Versammlungen sind unmittelbar im ZK der KPdSU eingetroffen. Bekanntlich hat das Januarplenum des ZK 100 Kandidaten von den 320 zur Erörterung vorgeschlagenen Kandidaturen aufgestellt. Dieser Beschluß ist einstimmig angenommen worden.

Sie wissen, daß auf dem Plenum für jede Kandidatur einzeln gestimmt wurde. Nur bei der Kandidatur von Genossen Ligatschow gab es eine Stimmenenthaltung. Alle anderen sind einstimmig nominiert worden.

Nachdem die Wahlkommission das Protokoll des Plenums des ZK der KPdSU vom 10. Januar 1989 über die Nominierung der Volksdeputiertenkandidaten der UdSSR sowie die Zustimmungserklärung zum Kandidieren von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion erörtert hatte, stellte sie fest, daß die Aufstellung aller Volksdeputiertenkandidaten der UdSSR gemäß dem Gesetz über die Wahlen von Volksdeputierten der UdSSR erfolgt war.

Die Kommission registrierte alle vom Plenum aufgestellten Volksdeputiertenkandidaten der UdSSR und veröffentlichte in einer vom Gesetz festgesetzten Frist die Kandidatenliste in der zentralen und örtlichen Parteipresse.

Im großen und ganzen spiegelt die Zusammensetzung der Kandidaten den Volkscharakter der Parteizusammensetzung, die Vertretung der Interessen aller Volksschichten und in erster Linie — der Arbeiterklasse — wider. Gerade die Arbeiter bilden in sozialer Hinsicht den zahlreichsten Teil der Kandidaten der KPdSU. Sie zählen 26 Mann. Unter den Kandidaten gibt es sieben Kolchosbauern, und insgesamt bilden die Werktätigen der Industrie, des Bauwesens und der Landwirtschaft d.h. des Bereiches der materiellen Produktion, fast die Hälfte aller Kandidaten — 47 Mann. Unter den Kandidaten gibt es auch 22 Kulturschaffende, Wissenschaftler, Mitarbeiter der Volksbildung und des Gesundheitswesens.

Die nächste große Gruppe — 21 Personen — machen die Parteifunktionäre aus. Als Kandidaten zu Volksdeputierten wurden 12 Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und Sekretäre des ZK der KPdSU nominiert.

Die Unterstützung der Kommunisten in den örtlichen Organisationen und auf dem Plenum des ZK erhielten auch einige Sekretäre der Parteikomitees der Betriebe, Kolchose und Rayons.

Die Zusammensetzung der Kandidaten, hob der Redner hervor, spiegelt den multinationalen Charakter unserer Partei in ausreichendem Maße wider. Unter den Registrierten sind Vertreter aller Unionsrepubliken, Vertreter von 23 Nationen, 71 Kandidaten verfügen über Hochschulbildung, 24 über einen akademischen Grad. Sie verfügen fast alle über reiche Erfahrungen in der Partei-, staaatlichen und anderer gesellschaftlicher Arbeit. Von 100 Kandidaten sind 39 Mitglieder des ZK der KPdSU, der Zentralen Revisionskommission, 31 Mitglieder der ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, der Regions- und Gebietsparteikomitees, 19 Mitglieder der Stadt- und Stadtbezirksparteikomitees sowie der entsprechenden Revisionskommissionen, acht Sekretäre von Grund- und Abteilungsparteiorganisationen. Ein Drittel der Kandidaten sind gegenwärtig Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR.

Von Januar bis März dieses Jahres haben in Übereinstimmung mit dem Gesetz über die Wahlen in den Parteiorganisationen und den Arbeitskollektiven Treffen der Kandidaten zu Volksdeputierten der UdSSR von der KPdSU mit Kommunisten, Werktätigen, Partei- und Propagandistenaktiven und Vertretern der Öffentlichkeit stattgefunden. Das Politbüro des ZK der KPdSU hat angesichts der Wichtigkeit dieser Kampagne einen speziellen Beschluß gefaßt, in dem die ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, die Regions- und Gebietsparteikomitees beauftragt wurden, diese Treffen zu organisieren und den Parteiorganisationen die entsprechende Hilfe zu leisten. Dabei wurde die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß die Treffen keinen formellen Charakter tragen und eine breite Diskussion der aktuellen Fragen der Verwirklichung der Politik der Partei im Sinne des Wahlappells des ZK der KPdSU an die Partei, an das Volk, anregen sollen.

Das alles trug dazu bei, daß die Treffen der Deputiertenkandidaten mit Kommunisten und Werktätigen einen aktiven und umfassenden Charakter angenommen haben. S. S. Walejewa, Brigadier einer Bauorganisation in Ufa, W. I. Gromow, Dreher in der Hüttenproduktionsvereinigung „W. I. Lenin", Werchnjaja Salda, W. J. Levickas, Generaldirektor der Pelzproduktionsvereinigung Kaunas, W. G. Filippowa, Stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Kolchos „Alej" der Altairegion, und viele andere Kandidaten führten zehn bis fünfzehn Treffen in Parteikollektiven durch.

Mit Arbeitskollektiven, mit Aktiven der Republik-, Regions- und Gebietsparteiorganisationen in den verschiedenen Regionen des Landes trafen sich die Genossen M. S. Gorbatschow, L. N. Salkow, J. K. Ligatschow, W. A. Medwedew, V. P. Nikonow, N. I. Ryshkow, N. N. Sljunkow, V. M. Tschebrikow, A. N. Jakowlew, A. I. Lukjanow, G. P. Rasumowski, O. D. Baklanow. Die Treffen wurden in der Presse ausführlich beleuchtet.

Insgesamt fanden in den Arbeitskollektiven 845 Treffen mit Deputiertenkandidaten statt. Daran beteiligten sich 155 000 Menschen, über 4 500 von ihnen ergriffen auf den Treffen das Wort.

Insgesamt war für diese Treffen eine Atmosphäre der Offenheit, des Wohlwollens, eines interessierten und konstruktiven Meinungsaustausches charakteristisch. Gesprochen wurde sowohl über bedeutende Fragen der Partei- und Staatspolitik, als auch über örtliche Probleme und Angelegenheiten.

Die Kommunisten und Werktätigen, die auf den Treffen das Wort ergriffen, brachten ihren Willen zur Unterstützung der Kandidaten zu Volksdeputierten der UdSSR von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zum Ausdruck. Die Deputiertenkandidaten von der Partei wurden auf den Versammlungen als kompetente, energische, modern denkende Menschen charakterisiert, die die Umgestaltung weiterzuführen vermögen. Die Mehrzahl der Deputiertenkandidaten sprachen in Sendungen des örtlichen oder des Zentralen Rundfunks und Fernsehens, ihre Artikel und Interviews mit ihnen wurden in der Presse veröffentlicht.

Im Verlauf der Treffen wurden viele Vorschläge gemacht, die Wege zur Überwindung der

(Schluß S.2)

Umgestaltung der Agrarpolitik — revolutionäre Strategie der Partei

Am 16. März erörterten die Teilnehmer des Plenums des ZK der KPdSU das Programm der radikalen Umgestaltungen im Dorf. Die Umgestaltung und die revolutionäre Erneuerung des Lebens der sowjetischen Gesellschaft benötigen eine Agrarpolitik, die die Wiedergeburt des Bauern als eines Herrn auf dem Boden gewährleisten und das Lebensmittelprogramm sicher lösen würde. Gerade ein solcher Kurs wurde von der Partei vorgeschlagen.

Die Diskussion eröffnend, machte **M. S. Gorbatschow** die Anwesenden mit den an das ZK-Plenum eingetroffenen Telegrammen bekannt.

Der Partei aufrichtig Erfolge bei der Lösung der historischen Aufgaben der Erneuerung des Dorfes und der Förderung der neuen Agrarpolitik wünschend, machen die Werktätigen konkrete Vorschläge zur größtmöglichen Entwicklung der Pachtverhältnisse, zur umfassenden Einführung verschiedener Vertragsformen und zur Vervollkommnung der Leitung des Agrar-Industrie-Sektors der Wirtschaft. In vielen Telegrammen wird die Bereitschaft der in Städten lebenden Kommunisten zum Ausdruck gebracht, in die ländlichen Rayons zu fahren, um an der Verwirklichung der Agrarpolitik der Partei praktisch teilzunehmen.

Danach begannen die Debatten.

Es spricht **W. I. Potapow** — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Irkutsk. Für viele sibirische Regionen, sagte er, darunter auch für das Gebiet Irkutsk, stellt die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln das akuteste Problem dar, weil sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die natürlichen Klimaverhältnisse eine besonders gute Bilanziertheit an Lebensmitteln erfordern. Wir suchen nach Auswegen und befassen uns angespannt mit diesem Problem. Die in der letzten Zeit ergriffenen Maßnahmen, besonders bei der sozialen Umgestaltung des Dorfes und der Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Steigerung ihrer Effektivität, durch die Vervollkommnung der Wirtschaftsbeziehungen in den Kolchosen und Sowchosen, haben es ermöglicht, mehrere vordringliche Aufgaben zu realisieren, unter anderem die Abwanderung der Bevölkerung aus dem Dorf zu vermindern. Für uns ist das von außerordentlicher Bedeutung, weil sich der Anteil der Dorfbevölkerung im Gebiet Irkutsk auf nur 19 Prozent beläuft.

Laut Vorangaben hat sich die Zahl der in der Landwirtschaft des Gebiets Beschäftigten im vorigen Jahr praktisch nicht verringert. Wenn der Zuwachs der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse früher im Grunde genommen nur den Zuwachs der Stadtbevölkerung kompensierte und der pro-Kopf-Verbrauch der wichtigsten Lebensmittelarten dadurch nicht anstieg, so vergrößerte sich im vorigen Jahr pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch um 2 Kilogramm und von Milch um 15 Kilogramm.

Alle Agrarbetriebe begannen gewinnbringend zu wirtschaften. Das ist ein wenn auch nur bescheidener, für uns aber ein sehr bedeutsamer, mobilisierender Erfolg. Dazu hat in hohem Maße die Einführung der progressiven Formen der Arbeitsorganisation und besonders des Pachtvertrags beigetragen. Im vorigen Jahr wurde ein Sechstel der landwirtschaftlichen Erzeugnisse von Kollektiven produziert, die unter diesen Bedingungen arbeiten. Im laufenden Jahr ist die Zahl solcher Kollektive wesentlich gewachsen. Deshalb unterstütze ich mit aller Entschiedenheit die im Bericht M. S. Gorbatschows dargelegten Herangehensweisen an die Meisterung der Pachtbeziehungen.

Jedoch bleibt die Situation in der Landwirtschaft, sagte im weiteren der Redner, noch immer sehr gespannt, besonders infolge des äußerst niedrigen Niveaus des sozialen und Produktionskomforts. Fast in der Hälfte der Dörfer gibt es keine Schulen, in drei Vierteln — keine komplexe Annahmestellen der Dienstleistungsbetriebe, der Zustand der Verkehrsstraßen ist äußerst schlecht. Unbefriedigend wird der Bau komfortabler Wohnungen geführt.

Wir gingen in diesem Aspekt, an die Realisierung konkreterer und effektiverer Maßnahmen. Auf Initiative vieler Arbeitskollektive von Industriebetrieben wurden im vorigen Jahr 5 Prozent der materiell-technischen Ressourcen dem Landbauwesen zugeführt, was es ermöglichte, die Übergabe von Wohnungen sowie sozialer und Kultureinrichtungen bedeutend zu vergrößern. Ein angespannter Bauplan wurde auch für dieses Jahr entworfen.

Der Redner behandelte ausführlich die Fragen der Umleitung eines gewissen Teils der Investitionen aus dem Industrie- in den Agrarsektor und diesbezüglich die Beziehungen zu den Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen, die Festigung der materialtechnischen Basis der Landwirtschaft, die Versorgung des Agrarsektors mit Medizinern, Lehrern und Kulturarbeitern.

Das Wort wird dem Ersten Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Belorußlands **J. J. Sokolow** erteilt. Unter den erstrangigen Anliegen, sagte der Redner, möchte ich die Aufgabe der rapiden Steigerung der Prestige der Bauernarbeit hervorheben. Dafür muß man vor allem die Sachlage in der Grundzelle der landwirtschaftlichen Produktion geändert werden.

Eine hohe Einschätzung verdient die These des Referats, wo es um die Notwendigkeit des Übergangs zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion auf der Grundlage der Vielfalt der Formen des Eigentums, der Nutzung dieses Eigentums und der Verfügung darüber sowie der gleichen ökonomischen Bedingungen und Rechte für die Kolchose, Sowchose, Verarbeitungsbetriebe und -organisationen, Pächter und individuelle Bauernwirtschaften geht. Jede Form müsse sich in Übereinstimmung mit konkreten Natur- und Klimaverhältnissen, Spezifik der innerbetrieblichen Beziehungen und örtlichen Traditionen entwickeln.

Zugleich ist es zweckmäßig, in den Dokumenten, die vom Plenum angenommen sein werden, exakter zu bestimmen, daß die Wahl dieser oder jener Form der Arbeitsorganisation eine wirklich freiwillige Sache ist, die in jedem konkreten Agrarbetrieb und in jeder konkreten Region ein konkretes Vorgehen erfordert. Die Hauptrichtung der Entwicklung der Kolchos- und Sowchosproduktion in Belorußland ist ihre Überführung auf die Industrietechnologie. Was ergibt das? In diesen Betrieben sind die tagesdurchschnittlichen Gewichtszunahmen gegenüber den Durchschnittsbetrieben aufs 1,5 bis 2fache gestiegen, auch der Futterverbrauch sank um die Hälfte bis auf ein Drittel der Arbeitsaufwand je Einheit des Erzeugnisses ist um 65 bis 75 Prozent geringer.

Augenscheinlich sind die Vorteile auch vom Standpunkt der Schaffung einer entwickelten Infrastruktur. In der Republik gibt es schon über 300 moderne Siedlungen, die bei den Tierzuchtbetrieben entstanden sind, wo die Lebensbedingungen nicht schlechter, und manchmal sogar besser als die in der Stadt sind.

Von großer Bedeutung ist auch die These von der Festigung der Verbindungen der Wissenschaft mit der Produktion. Wir haben vor, in den nächsten Jahren in jedem Rayon Stationen für Transplantation von Rindembryonen, und in jedem Gebiet Selektions- und Hybridenzentren für Schweinezucht zu haben. Es ist vorgesehen, in jedem Kolchos und Sowchos agrochemische Labors zu schaffen.

Ich möchte nicht bei euch den Eindruck erwecken, sagte der Redner, daß Sokolow ein Anhänger nur großer Agrarbetriebe sei. Wir sind fest davon überzeugt, daß auf dem Lande die Umgestaltung der Produktionsbeziehungen, die Entwicklung der Pacht und der Genossenschaften nötig sind.

Die Wirksamkeit der Agrarpolitik wird in vielem, sogar in entscheidendem Maße, von der Preisbildung abhängen. Es ist Zeit, das System der Preiszuschläge für die schwachen Agrarbetriebe zu regeln, um mit der Konsumentenideologie und der sozialen Ungerechtigkeit aufzuräumen. Es wäre zweckmäßig, die Geldmittel für diese Preiszuschläge in den Aufkaufpreisen gemäß den Besonderheiten der Naturverhältnisse und Kennwerte des Grundbuches zu berücksichtigen. Das Recht der Preisdifferenzierung sollte den Republiken eingeräumt werden.

Ein Teil seiner Ansprache widmete der Redner der Steigerung der Rolle der wissenschaftlichen Einrichtungen des Agrar-Industrie-Sektors. Der Beitrag der Lenin-Unionsakademie der Landwirtschaftswissenschaften zur Ausarbeitung der Technologien, zur Ausrüstung der Landwirtschaft mit den zeitgenössischen Produktionsmitteln muß höher sein.

Nach Meinung des Redners wäre es zweckmäßiger, auf der Grundlage der „Sojusselchoschimija" und des Ministeriums für Düngemittelproduktion eine einheitliche Formation zu bilden. Ihre Hauptpflicht wäre die Steigerung der Ertragfähigkeit und der Ergiebigkeit des Bodens sowie die Senkung der negativen Einwirkung der chemischen Mittel auf die Umwelt.

Es geht heute nicht darum, wie die Umgestaltung empfunden wird oder wie unsere Menschen sich zu der ihnen übertragenen Sache verhalten, sagte **D. K. Motorny**, Vorsitzender des Kirow-Kolchos im Gebiet Cherson. Es geht heute darum, daß uns das Entwicklungstempo nicht befriedigt. Eines der Hauptfaktoren ist für uns die Zeit, und wir müssen alles tun, um die Lösung der wunden Fragen im Agrarsektor zu beschleunigen.

Die Zentralisierung der Fonds ist die Basis des administrativen Leitungssystems, meint der Redner. Die neue Regionalpolitik, die heute eingeführt wird, soll den Ausweg aus der entstandenen Lage zeigen. Die Dorfwerktätigen sind über die Kluft in den Preisen für die Industrie- und die Landwirtschaftswaren beunruhigt. Und es ist noch nicht klar, wie es mit der Preisbildung weitergeht, doch man möchte haben, daß diese Frage gerecht gelöst wird.

Nach der Meinung des Redners gilt es, mit den Dotationen für die wenig rentablen Agrarbetriebe aufzuräumen — mit diesem „Kunstgriff" jener Ökonomen, die das System geschaffen haben: je schlechter du arbeitest, desto besser wird es dir gehen, einer bekommt 80 Kopeken für 1 Liter Milch, der andere aber nur 30. So werden die ökonomischen Kennziffern ausgeglichen und dann sagt man, daß wir keine unrentablen Agrarbetriebe haben. Jetzt, wo wir realistisch denken, müssen wir die reale Sachlage sehen.

Die radikale Wirtschaftsreform hat die Fragen der Selbstfinanzierung, Selbständigkeit und vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Vordergrund gerückt, führte der Kolchosvorsitzende weiter aus. Doch einige Ministerien und zentrale Staatsbehörden verstehen es auf ihre Art. So z. B. versteht das Ministerium für Nachrichtenwesen die Selbstfinanzierung: Nach seiner Meinung sollen die Kolchose und Sowchose Fernsprechzentralen selbst bauen und sie dann unentgeltlich dem Ministerium übergeben. Es selbst sei angeblich nicht imstande, sie für uns zu bauen. Da fragen wir: Warum, aus welchem Grunde? Und bekommen die Antwort, unterzeichnet vom Minister: Laut Verordnung des Ministerrates der UdSSR vom Jahr 1953 sowie des Beschlusses des Ministerrates der USSR vom Jahr 1962.. So zählebig sind diese Dokumente, die vom Dorf Geld eintreiben helfen.

Heute sage ich mit voller Verantwortung: Es gibt im Rayon keinen Fernmeldedienst und wird auch keinen geben. Denn das Ministerium hat es durchgesetzt, von den Bankkonten der Kolchose und Sowchose Geld ohne Akzept abzuheben, unabhängig davon, ob die Rundfunk- und Telefonanschlüsse funktionieren oder nicht. Das Ministerium hat also sein Geld, wozu braucht es noch dafür zu sorgen, daß auf dem Lande der Fernmeldedienst intakt ist?

(Fortsetzung S.2)

Deputiertenmandate der Partei

(Schluß)

Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Etappe der Umgestaltung betrafen. Was muß noch getan, erarbeitet, theoretisch begründet, und praktisch realisiert werden, um auf dem Weg, den der XXVII. Parteitag und die XIX. Unionsparteikonferenz vorgezeichnet haben, weiter voranzuschreiten? Das ist der Hauptinhalt dieser Vorschläge.

Praktisch ist auf allen Treffen die Notwendigkeit geäußert worden, das Ansehen der KPdSU als einer politischen Avantgarde des Sowjetvolkes unentwegt zu heben und die Parteipolitik im höchsten Organ der gesetzgebenden Gewalt des Landes durchzusetzen. Die Kommunisten lenkten die Aufmerksamkeit der Deputiertenkandidaten darauf, daß die Richtlinien der XIX. Unionsparteikonferenz über die Funktionsabgrenzung der Partei- und Staatsorgane konsequent verwirklicht werden und die Machtvollkommenheit des Sowjets von unten bis nach oben wiederhergestellt wird. Sie ersuchten, Gesetze zu erarbeiten und zu verabschieden, von denen auf der Parteikonferenz und den darauffolgenden Plenartagungen des ZK die Rede war.

Es wurden Meinungen zu einer weiteren Vervollkommnung des Wahlsystems aufgrund der Erfahrungen der Durchführung der gegenwärtigen Wahlkampagne geäußert. Einen der zentralen Plätze während der Treffen mit den Wählern nahmen die Probleme der zwischennationalen Beziehungen ein. An die künftigen Deputierten wurden Wünsche herangetragen, die Harmonisierung dieser Beziehungen auf Staatsebene zu fördern, den Status der Unions- und der autonomen Republiken genauer zu umreißen und sich für die Wiedergeburt der Leninschen Auffassung der Sprachpolitik im Lande einzusetzen. Es wurde auf die Wichtigkeit hingewiesen, die Prozesse der Normalisierung der Lage in einigen Unionsrepubliken zu beschleunigen und die Notwendigkeit hervorgehoben, entschiedener gegen die Tätigkeit der extremistisch gestimmten, nationalistischen Elemente zu kämpfen.

Wie auch zu erwarten war, ist eine große Menge der Vorschläge mit den Problemen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung verbunden. Ihr Grundgedanke besteht darin, die Wirtschaftsreform zu vertiefen, entschiedener zur vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung überzugehen, die pachtgebundenen und kooperativen Arbeitsformen sowie die reale Selbständigkeit der Betriebe bei der Lösung der sozialen Fragen zu entwickeln und die regionale wirtschaftliche Rechnungsführung im Lande zu verwirklichen.

Große Bedeutung wurde der forcierten Entwicklung des einheimischen Maschinenbaus und der beschleunigten Einführung der Errungenschaften der Wissenschaft in die Produktion beigemessen.

Den künftigen Deputierten wurde vorgeschlagen, ein Programm der Verringerung des Haushaltsdefizits zu erarbeiten und zu realisieren sowie Maßnahmen zur Reduzierung der Verwaltungskosten einzuleiten. Alle derartigen Aufträge sind vom natürlichen Wunsch der Werktätigen nach einer rascheren Sanierung der Ökonomik durchdrungen, damit jede Familie und auch jeder Mensch es real in ihrem Leben verspüren. Viele Vorschläge berühren das Próblem der Entwicklung des Agrar-Industrie-Komplexes des Landes. Zumeist sind sie damit verbunden, was auf dem Plenum des ZK als zweite Frage der Tagesordnung zu erörtern bevorsteht. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Kommunisten die künftigen Deputierten von der KPdSU als jene Kraft betrachten, die sich aktiv für die Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen auf dem Lande, für die Wiedergeburt des Gefühls, Herr auf dem Boden zu sein, beim Bauern sowie für die gute Organisation und Mechanisierung der Landarbeit einsetzen.

Ein wesentlicher Teil der Vorschläge bezieht sich auf ökologische Probleme. Unter anderem ging es um die Notwendigkeit, die Entwicklung und Realisierung eines ökologischen Komplexprogramms des Landes zu beschleunigen. Eine Reihe wichtiger auf den Treffen angeschnittener Fragen bezieht sich auf eine weitere Vertiefung der Sozialpolitik der Partei. Von den Kommunisten und Werktätigen wurde praktisch kein einziges lebenswichtiges Problem außer acht gelassen. In den Diskussionen ging es auch um die Probleme der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Frauen, der Versorgung kinderreicher Mütter, der Hilfeleistung für Familien mit geringem Einkommen, um die medizinische Betreuung, um die Urlaubszeit der Arbeiter, um die Rentenversorgung und anderes mehr.

Alle Vorschläge, die man als Aufträge den Volksdeputierten von der Kommunistischen Partei betrachten kann, sind zusammengefaßt und den Teilnehmern des ZK sowie den hier anwesenden Deputiertenkandidaten der UdSSR vorgelegt worden. Daher kann ich mir die Mühe sparen, über dieses Thema eingehend zu sprechen.

Es sei bemerkt, daß im Laufe der Treffen und weil das Treffen mit Deputiertenkandidaten von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion waren, verschiedene Aspekte der Parteitätigkeit berührt wurden. Es wurden nicht wenig kritische Bemerkungen an die Adresse der Parteikomitees gemacht, weil sie nicht immer im Geiste der Demokratisierung und der Umgestaltung handeln. Es wurde auch unterstrichen, daß einzelne Parteigrundorganisationen auf alte Art leben, von den Kommunisten, besonders in leitender Stellung, wird ungenügend Rechenschaft gefordert. In diesem Zusammenhang wurden an die Adresse des ZK der KPdSU und der künftigen Deputierten konkrete Vorschläge gemacht, die ganz besondere Beachtung verdienen. Sie gehören zum Kreis der Probleme, die in den Kommissionen des ZK der KPdSU behandelt werden und sind von uns daher an diese Kommissionen weitergereicht worden.

Über die Hauptergebnisse der Treffen der Kandidaten zu den Volksdeputierten der UdSSR von der KPdSU mit den Parteiorganisationen und Arbeitskollektiven sprechend, ging der Redner auf die Wünsche und kritischen Bemerkungen ein, die das Leben an der Basis in aller Vielfalt widerspiegeln, auf Fragen, mit denen die Menschen im Alltagsleben konfrontiert werden, und führte einige Beispiele an. So wurde an den Kandidaten zum Volksdeputierten N. W. Borodin der Wunsch geäußert, eine unbedingte Erfüllung des Beschlusses des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR über die komplexe Erschließung der Produktivkräfte des Fernöstlichen Wirtschaftsgebiets, Burjatiens und des Gebiets Tschita bis zum Jahr 2000 anzustreben. Ein ähnlicher Wunsch an L. Mkrtschjan lautete, zur Erhärtung der Kontrolle über die Erfüllung der Beschlüsse beizutragen, die im Zusammenhang mit dem Erdbeben in Armenien verabschiedet wurden. Fragen der Versorgung mit hochqualitativer landwirtschaftlicher Technik, die Festlegung stabiler Pläne für die Erfassung und die Aufkaufspreise für Rohbaumwolle, für die Entwicklung der Verarbeitungsbasis wurde während der Treffen mit den Deputiertenkandidaten S. S. Gulowa, T. B. Kirgisbajewa, W. P. Nikonow, I. S. Selesnjow und N. N. Sljunkow besprochen. In verschiedenen Regionen wurde mit Besorgnis über das niedrige Tempo des Baus von Wohnungen, Schulen und medizinischen Einrichtungen gesprochen. Bitten betreffs vorrangiger Konzentrierung aller Kräfte und Mittel auf die Errichtung von Objekten mit sozialer und kultureller Bestimmung wurden geäußert an: S. S. Walejewa aus Baschkirien, N. M. Smyk — Region Krasnojarsk, A. S. Schukschin — Region Chabarowsk, W. G. Filippowa — Altai-Region, W. A. Ostrouchow — Gebiet Tomsk, W. N. Awerkin — Gebiet Nowgorod, A. I. Lukjanow — Gebiet Smolensk, S. S. Umalatowa — Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Tschetschenen und Inguschen, S. Bejschekejewa — Kirgisien, M. S. Mendybajew — Kasachische SSR und an eine Reihe anderer Deputiertenkandidaten.

Praktisch einem jeden, falls er zum Deputierten gewählt werden soll, wurden Wähleraufträge zur Förderung der Lösung von örtlichen Fragen erteilt. Diese Aufträge und Bitten, auch wenn sie nur einen örtlichen Charakter tragen, dürfen nicht unbeachtet und ohne die entsprechende Reaktion bleiben.

Der Redner meldete, daß die Wahlkommission systematisch den Verlauf der Wahlkampagne analysierte, operativ Beschlüsse über Verfahrensfragen faßte, ständig wirkte ihre Sprechstelle, in der Dienst von Kommissionsmitgliedern organisiert war. Nach dem Januarplenum des ZK der KPdSU (1989) trafen bei der Wahlkommission mehr als 300 Briefe und Telegramme über Fragen der Wahlen der Volksdeputierten ein. Der wesentlichste Unterschied der eingelaufenen Post in dieser Wahlkampagne ist die bedeutende Wandlung des Charakters der Zuschriften gegenüber den vorigen Wahlen. Während früher im ZK der KPdSU hauptsächlich Briefe mit persönlichen Angelegenheiten einliefen, so haben sie jetzt vorwiegend gesellschaftspolitische Ausrichtung. Die Menschen haben zu spüren bekommen, daß sie sich an der Ausarbeitung der Wege für die Lösung unserer gemeinsamen Probleme beteiligen können und auch müssen.

In den Briefen wird aufrichtiges Interesse für die tiefgehenden qualitativen Wandlungen des politischen Systems, aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens bekundet, es werden Wünsche und Aufträge ausgesprochen, die in den Plenumsteilnehmern vorgelegten Materiallen berücksichtigt werden. Besonders sei auf die Briefe eingegangen, die unmittelbar an die nominierten und registrierten Deputiertenkandidaten gerichtet sind, denn die Wahlkommission muß laut Wahlordnung über sie dem Plenum melden.

Insgesamt wurden mehr als 100 solcher Briefe und Telegramme erhalten, die Vorschläge und kritische Bemerkungen enthalten. Im großen und ganzen wird in den Briefen der Kommunisten die Zuversicht geäußert, daß die auf dem Januarplenum nominierten Volksdeputiertenkandidaten im Falle ihrer Wahl ohne Zweifel eine aktive Kraft im höchsten Machtorgan sein werden. In den Briefen und Auszügen aus den Versammlungsprotokollen wird die personelle Unterstützung den meisten Kandidaten ausgesprochen. Zugleich aber werden viele kritische Bemerkungen geäußert. Trotzdem sie größtenteils einen subjektiven Charakter haben, erachtet es die Wahlkommission als notwendig, das Plenum darüber zu informieren. Wir sind überzeugt, daß die Kandidaten sich dazu mit Verständnis verhalten werden. So enthielten manche Briefe den Vorschlag, alle Kandidaten, die über 60 Jahre alt sind, aus der Liste zu streichen. In einem der Briefe war die Meinung geäußert, daß in der Liste zu wenig Arbeiter und zu viele Vertreter der schöpferischen und wissenschaftlichen Intelligenz stehen, die nach der Meinung des Autors zu streichen seien. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß in der Kandidatenliste Vertreter einiger Regionen fehlen.

Kurz über die Zuschriften, die Bemerkungen nicht allgemeinen, sondern konkreten, individuellen Charakters enthalten. In drei davon werden Bemerkungen zur Kandidatur M. S. Gorbatschows geäußert. Und zwar in der Hinsicht, daß er für die im Lande entstandene Lage verantwortlich ist, da er in den Jahren vor der Umgestaltung Mitglied der Parteiführung war. Bemerkungen, gerichtet an L. N. Saikow, sind in neun Zuschriften enthalten. Sie betreffen hauptsächlich die sozialen Lebensbedingungen in Moskau. In 25 Zuschriften wird mit einigen Thesen der Ansprache J. K. Ligatschows auf der XIX. Unionsparteikonferenz auseinandergesetzt. Die Verfasser zweier Briefe erklären sich nicht einverstanden mit den Diskussionsbeiträgen A. N. Jakowlews über einige Fragen der Bewegung auf dem Wege der Demokratisierung und der Rolle der Marktbeziehungen. Festgestellt wird die Unzufriedenheit mit einigen Thesen, aufgestellt von N. N. Sljunkow bezüglich der Wirtschaftsfragen während seines jüngsten Besuchs in der Litauischen SSR. Ohne Beweisgründe anzuführen, äußern sich die Verfasser einzelner Briefe gegen die Wahl V. P. Nikonows zum Deputierten. An W. A. Medwedew wurden kritische Bemerkungen anläßlich einer Reihe von Aspekten der ideologischen Lage im Lande gerichtet. In einer Zuschrift wird Unzufriedenheit mit den vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verabschiedeten einzelnen Gesetzgebungsakten ausgesprochen und werden in diesem Zusammenhang Ansprüche gegen G. P. Rasumowski als Vorsitzenden der Kommission für Gesetzgebungsvorschläge des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR erhoben.

In den meisten Fällen wird in den Briefen die Sachlage auf den Arbeitsabschnitten berührt, wo der konkrete Kandidat tätig ist. Eine Reihe Bemerkungen wird beispielsweise an den Chefredakteur der „Prawda" W. G. Afanasjew gerichtet, weil die Zeitung nach der Meinung der Briefverfasser eine nicht ausreichend aktive Position in den Großfragen der Umgestaltung vertritt. In einer Reihe von Zuschriften wird festgestellt, daß einzelne Kandidaten, die früher zu Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR gewählt wurden und die führende Posten bekleideten und auch bekleiden, nicht die entsprechende Prinzipientreue im Kampf gegen die Stagnationserscheinungen bekundeten oder nicht aktiv genug bei der Aufstellung und Realisierung positiver Programme seien, die den Umgestaltungsaufgaben entsprechen. Ähnliche Meinungen wurden über W. N. Golubewa, M. I. Klepikow, G. I. Martschuk, M. S. Mendybajew und J. M. Primakow geäußert. In drei Briefen, die A. D. Lisitschew angehen, wurde der Wunsch geäußert, daß die Umgestaltungsprozesse, die sich in der Partei und der Gesellschaft vollziehen, aktiver die Parteiorganisationen in der Sowjetarmee und Seekriegsflotte betreffen. Es wurde die Notwendigkeit akzentuiert, die Erziehungsarbeit in den Streitkräften zu verstärken.

Einige Briefe enthalten kritische Meinungen, die die theoretischen Ansichten des Akademiemitglieds L. I. Abalkin bezüglich der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen im Sozialismus betreffen. Es wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Ausarbeitung wissenschaftlich begründeter Prinzipien der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu beschleunigen.

J. P. Welichow werden Vorwürfe wegen seiner Unterschätzung der Fragen der Gefahrlosigkeit und der Beeinflussung der Umwelt durch den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken gemacht. Während der Begegnung mit den Werktätigen wurden Wünsche geäußert, bei der Beschlußfassung auf dem Gebiet der Kernenergetik größtmöglich zur Offenheit beizutragen.

Manche Genossen erklären sich in ihren Zuschriften nicht einverstanden mit den Positionen über einzelne Fragen, die in den Werken und Ansprachen von Tsch. Aitmatow und W. I. Below zum Ausdruck gekommen sind. Es gibt Bemerkungen an B. I. Olejnik und M. A. Uljanow.

In einer Reihe von Briefen wird Einwand gegen diese oder jene Kandidaturen im Zusammenhang mit der nach Meinung ihrer Verfasser unobjektiven Behandlung ihrer Eingaben und Beschwerden vorgebracht. Ähnliche Bemerkungen wurden an N. N. Worobjow und A. J. Ischin gerichtet. Die Vertreter der Kiewer Fabrik für technisches Papier traten gegen die Kandidatur W. I. Tatartschuk auf, weil das von ihm geleitete Kombinat an die Fabrik in nicht ausreichender Menge Sonderpapier liefere. In einem Brief werden Einwände gegen die Kandidatur H. G. Steuck im Zusammenhang damit vorgebracht, weil in dem von ihm geleiteten Kombinat den Fragen des Umweltschutzes nicht die gehörige Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Die Volksdeputiertenkandidaten von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sind mit den an sie gerichteten kritischen Bemerkungen bekanntgemacht worden. Die Wahlkommission betrachtet es als ihre Pflicht, das Plenum über eine weitere Reihe von Briefen zu informieren, die an die Kommission gerichtet worden sind, in denen die Kommunisten ihr Nichteinverständnis damit zum Ausdruck bringen, daß von der KPdSU 100 Kandidaten pro 100 Deputiertenmandate nominiert sind. Sie sind der Ansicht, daß der Ausschluß des Wettbewerbselements bei den Wahlen äußerst unerwünscht sei, und schlagen vor, das künftig zu berücksichtigen.

Zum Schluß teilte der Redner mit, daß die Wahlkommission gemäß dem ihr laut Artikel 36 des Gesetzes über die Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR gewährten Recht Änderungen in der Liste der Abstimmenden vornahm, die vom vorangegangenen Plenum des ZK der KPdSU bestätigt worden war. Bekanntlich hatte das Plenum am 10. Januar 1989 beschlossen, die Abstimmung bei den Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR durchzuführen unter Teilnahme der Kandidaten des ZK der KPdSU, der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission der KPdSU sowie der Ersten Sekretäre der ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, der Regions- und Gebietsparteikomitees, der Zweiten Sekretäre der ZK der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken, der Vorsitzenden der Präsidien der Obersten Sowjets und der Vorsitzenden der Ministerräte der Unionsrepubliken, der Minister und Leiter anderer zentraler Staatsorgane und Organisationen, der Chefs von Militärbezirken, die nicht zum Bestand der Zentralorgane der KPdSU gehören.

Zugleich heißt es im Artikel 51 des Gesetzes über die Wahlen, daß die erweiterten Plenarsitzungen der Massenorganisationen unter Teilnahme von Vertretern anderer Wahlorgane dieser Organisationen durchgeführt werden können. Nach der Erörterung der im voraus entworfenen Liste der Abstimmenden auf dem Plenum des ZK der KPdSU stellte die Wahlkommission fest, daß 35 Teilnehmer des Plenums (eine Reihe von Ministern, Leiter einzelner Ämter und Organisationen, Stellvertreter des Verteidigungsministers der UdSSR, Chefs von Militärbezirken, Gruppen der Streitkräfte und Flotten) an der Abstimmung nicht teilnehmen können, weil sie keine Mitglieder gewählter Parteiorgane sind. Die entsprechenden Änderungen wurden in die Liste der Abstimmenden in der vom Gesetz über die Wahlen festgesetzten Frist eingebracht.

Der Vorsitzende der Wahlkommission forderte die Teilnehmer des Plenums auf, an der Abstimmung teilzunehmen. Nach der Abstimmung wurden deren Ergebnisse bekanntgegeben: Alle 100 Kandidaten wurden zu Volksdeputierten der UdSSR gewählt.

Das Plenum faßte den Beschluß über die Aufträge für die Volksdeputierten der UdSSR von der KPdSU, in denen die auf den Treffen vor den Wahlen gemachten Vorschläge verallgemeinert wurden.

(TASS)

Umgestaltung der Agrarpolitik — revolutionäre Strategie der Partei

(Fortsetzung)

Ähnlich liegen die Dinge auch im Ministerium für Energiewirtschaft. Vor einigen Tagen, noch vor dem Plenum des ZK, wurde ich ins Volksgericht eingeladen. Dort hatte man gegen einen Kolchos Klage erhoben, die ihn zwang, eine Anlage zu einem Vertrag zu unterschreiben, die u. a. die Beschlagnahme von Geld aus der Kolchoskasse vorsah. Der Richter fragte mich: Warum ignorieren Sie den diesbezüglichen Beschluß des Ministerrates? Ich sagte: Ich ignoriere nichts: das Ministerium für Energiewirtschaft soll mir nur einen Plan geben, wann, in welchem Monat und wieviel Niederschläge fallen, dann werde ich den Tausend-Kilovatt-Transformator nicht einzuschalten brauchen.

Oder nehmen wir die Projektierungsarbeiten, die uns drei bis viermal teuerer kommen. Es existieren viele Mittler zwischen Dorf und Stadt; viele sind bestrebt auf Kosten des anderen ihr Wohlergehen abzusichern, dadurch wird die Vermittlerschaft in einen Fallstrich für die Landwirtschaft verwandelt. Wir bitten die Finanz- und Kontrollorgane, diese Fragen zu lösen und uns vor dem gesetzlosen Einkassieren nicht erarbeiteter Mittel durch die Ministerien und zentralen Staatsorgane im Agrarsektor zu schützen.

Weiter sprach der Redner über die Notwendigkeit der Verbesserung der materiell-technischen Versorgung der Siedlungen, über den Formalismus der Arbeitsgesetzgebung.

All diese Fragen fordern ihre sofortige Lösung, sagte der Redner abschließend. Ich spreche davon mit solch einem Schmerz darum, weil ich vor 36 Jahren, damals Obermeister im Schiffsbauwerk Cherson, auf meinen Antrag hin in die im Gebiet Cherson entlegenste und am meisten zerstörte Maschinen-Traktoren-Station gegangen bin.

Und ich bereue das nicht. Das war nach dem Septemberplenum des ZK der KPdSU (1953). Dies war ein Markstein in der Entwicklungsgeschichte unseres Kolchoswesens. Ein ebensolcher Markstein ist meiner Meinung nach das heutige Plenum, das diese Fragen behandelt und uns die nötige Richtung weist.

Der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Litauens **A.-M. K. Brazauskas** stellte in seiner Ansprache fest, daß die schöpferische Energie der Massen in Bewegung geraten ist.

In der Republik kommt das in einer Massenbewegung zum Ausdruck, die auf die Unterstützung der Politik der Umgestaltung gerichtet ist. Wir haben uns bemüht, unter Ausnutzung der politischen Initiative das schöpferische Potential der Menschen auf die Lösung von praktischen Aufgaben der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft zu lenken.

Aber auf dem Wege der Umgestaltung stoßen wir auf viele Probleme und sind der Ansicht, daß das wichtigste darunter das Lebensmittelproblem ist. Bei der Auswahl der Schlüssel für die zukünftige erfolgreiche Entwicklung der Landwirtschaft müssen wir die Lehren der Vergangenheit gut analysieren, da wir heute gut verstehen, daß zur Entwicklung der Landwirtschaft und des gesamten Agrarindustriekomplexes grundlegende Veränderungen und eine neue gesunde Grundlage notwendig sind.

In Verbindung damit, so führte der Redner weiter aus, unterstützen wir die von M. S. Gorbatschow in seinem Referat gemachten Vorschläge, unter anderem die Thesen von der Steigerung des Niveaus der Selbständigkeit der unmittelbaren Produzenten, von der Übergabe der Leitungsfunktion des Agrar-Industrie-Komplexes an die Unionsrepubliken und die Lösung vieler anderer Fragen. Das alles bedeutet, daß das überzentralisierte Administrationssystem, die Hauptursache unserer Nöte, real abgebaut wird.

Wir unterstützen den Kurs der Partei auf die grundlegende Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande, die Anerkennung der Gleichberechtigung anderer Formen der Wirtschaftsführung wie Pacht, Kooperation, Bauernwirtschaften und individueller Nebenwirtschaften neben den Kolchosen und Sowchosen. Übrigens kaufen wir in den individuellen Nebenwirtschaften rund 15 Prozent Fleisch und rund 35 Prozent Milch an.

Unserer Ansicht nach, so stellte der Redner fest, haben die Bauernwirtschaften eine gute Perspektive. Der in der Republik erarbeitete Gesetzentwurf über solche Wirtschaften hat großes Interesse bei der Bevölkerung hervorgerufen. Wir denken, daß der Boden denjenigen übergeben werden muß, die ihn bewirtschaften. Nur dann kann man sich wirklich als wahrer Herr auf dem Boden fühlen. Auf dem Lande ist auch eine weitere Form der Produktionsverhältnisse, das Aktionärswesen, entstanden, sie bringt gute Resultate.

Weiter ging der Redner auf die dem Plenum zur Diskussion gestellten Maßnahmen zur wesentlichen Veränderung der Wechselbeziehungen zwischen dem Republik- und dem Unionshaushalt ein. Seiner Meinung nach ist in den Entwürfen der Dokumente nicht klar dargelegt, unter welchen Prinzipien die zentralisierten Unionsfonds geschaffen und genutzt werden sollen.

Wir bitten um eines: daß sich die Wirtschaftslage der Kolchose und Sowchose der Republik im Ergebnis all dieser Veränderungen nicht verschlechtert, daß die genannten Berechnungen zumindest auf den faktisch entstandenen Abführungen basieren. Abschließend lenkte der Redner die Aufmerksamkeit auf die Vervollkommnung des Systems der Aufkaufspreise für Landwirtschaftsprodukte und auf die Verbesserung der materiell-technischen Versorgung der Agrarbetriebe der Republik.

Das Wort wird **W. K. Mesjaz**, Erster Sekretär des Moskauer Gebietsparteikomitees, erteilt. An die Arbeit des jetzigen Plenums, stellte er fest, ist die Aufmerksamkeit der ganzen Partei und des sowjetischen Volkes gerichtet. Mit seinen Ergebnissen verbinden die Werktätigen ihre Hoffnungen auf die Herausführung der Lebensmittelindustrie aus der Krisensituation.

Gegenwärtig ist es notwendig, der Arbeit der Kolchose und Sowchose Dynamismus zu verleihen, die Vorteile eines mechanisierten Großbetriebs mit den Vorzügen der neuen Formen der Produktionsverhältnisse zu verbinden. Um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, muß man von der Notwendigkeit der Anwendung von verschiedenen Formen des Wirtschaftens ausgehen. Man darf nicht anordnen, wo und was für eine Art des Betriebs zu gründen sei, man darf eine Einheitlichkeit von oben nicht anstreben.

Unter Bedingungen des Moskauer Gebiets und der Reorganisation des Systems der Leitung auf der Gebiets- und Rayonebene ist ein Kurs auf eine weitgehende Bildung von Agrarkombinaten, staatlichen Kooperationsvereinigungen, Agrarhandelsfirmen, Agrokonsortien und Assotiationen genommen worden. In den Kolchosen und Sowchosen werden aus freien Stücken Kooperative, Pachtkollektive und Familienfarmen gegründet. Und obwohl nur die ersten Schritte getan sind, werden die positiven Wandlungen gerade mit der Entwicklung der neuen Wirtschaftsverhältnisse verbunden.

Es ist selbstverständlich, daß vieles in den uns ungewohnten Wirtschaftsformen eine Prüfung durch die Zeit erfordert. Man darf auch nicht übersehen, daß das Neue sich nur mit Mühe durchsetzt und zuweilen auch auf eine offensichtliche Gegenwirkung sowohl seitens der Leiter und Fachleute als auch der einfachen Arbeiter stößt. Um die eingebüßten geistigen Qualitäten wieder ins Leben zurückzurufen und das Bewußtsein der Menschen umzuorientieren sind Zeit sowie die aktive, mühselige und konsequente organisatorische, Partei, ideologische und Erziehungsarbeit, eine massenhafte ökonomische und berufliche Schulung notwendig.

Der Redner äußerte die Meinung: Nur über die Erneuerung der Formen des Sowchos- und Kolchoseigentums, über die Pacht, die wirtschaftliche Rechnungsführung, die Selbstverwaltung, die Kooperativen, die die individuelle Arbeit und die Arbeit mit der ganzen Familie, über das gut organisierte System der Aufbewahrung, Verarbeitung und Realisierung der Produktion können Bedingungen geschaffen werden, die das Land aus dem geschlossenen Kreis des Lebensmittelmangels herauszuführen vermögen.

Der Redner berührte auch Fragen der sozialen und kulturellen Belange des Dorfes, des Wohnungsbaus, machte eine Reihe kritischer Bemerkungen an die Adresse der Ministerien und anderer zentraler Staatsorgane und schlug vor, eine solche Ordnung festzustellen, bei der die Preise der Industrieproduktion für die Landwirtschaft auf fünf Jahre festgelegt würden und im Falle ihrer Revidierung das Dorf unbedingt eine Entschädigung bekäme.

Direktor des Wirtschaftsinstituts der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR, Akademiemitglied **I. I. Lukinow** lenkte die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf zwei Fragen.

Die erste Frage betrifft die Preispolitik. Der außerökonomische Zwang der Bauern, ihre Produktion zu erzeugen und an den Staat zu symbolischen Abgabepreisen abzuliefern, hat unsere gesamte Landwirtschaft zu schweren wirtschaftlichen Folgen geführt. Später wurden die Aufkaufspreise erhöht, jedoch der durch diese Preiserhöhung erzielte Gewinn wird durch das vorrangige Wachstum der Preise auf Industrieproduktion vertilgt. Die Preisparität zwischen Industrie und Landwirtschaft wird fortwährend verletzt.

Die Folge dieser anormalen Wirtschaftsverhältnisse ist die soziale und geistige Unsicherheit der ländlichen Bevölkerung.

Das unionsdurchschnittliche Rentabilitätsniveau der Landwirtschaft (Verhältnis des Gewinns den Fonds) beläuft sich auf 6,5 Prozent. Das ist etwa um die Hälfte weniger als die Rentabilität in der Industrie. Außerdem darf nicht die ständig zunehmende Kluft zwischen den staatlichen, genossenschaftlichen, Markt- und Spekulationspreisen außer acht gelassen werden. In manchen Städten mit schlechter Versorgung steigt diese Kluft in den Preisen für Lebensmittel fast aufs Zehnfache. Die Spekulanten und Gauner, indem sie die Waren im Staatshandel zu niedrigen Preisen einkaufen, bilden künstlichen Defizit.

Man muß die sich herausgebildete Situation realistisch betrachten. Es ist notwendig, so der Redner, beim Aufkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse von den Kommandomethoden zur direkten Interessiertheit der Betriebe, zur maximalen Ablieferung der Rohstoffe und Erzeugnisse höchster Qualität unmitttelbar an die Beschaffungsbetriebe, überzugehen. Die Aufkaufspreise müssen vollständig die Realkosten der erzeugten Produktion decken.

Es ist auch die strikteste Preisparität im Umtausch von Industriewaren, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Dienstleistungen einzuführen.

Der Redner machte auch den Vorschlag, die Preise für Getreide und andere Waren, die importiert werden, auf dem Niveau der Weltmarkpreise festzulegen.

Die Produktion von Lebensmitteln, sagte abschließend der Redner, bietet höchste Umschlaggeschwindigkeit und höchsten ökonomischen Nutzen. Sie muß in der Wirtschaftsstruktur unserer Volkswirtschaft den ihr gebührenden Prioritätsplatz einnehmen.

Es spricht **N. A. Nasarbajew**, Vorsitzender des Ministerrates der Kasachischen SSR. Im Namen der Kommunisten und aller Werktätigen der Republik befürwortete er vollständig die Thesen des Vortrags von M. S. Gorbatschow.

Wir wissen gut, sagte er, daß die Neulanderschließung es Kasachstan ermöglicht hat, zu einem der größten landwirtschaftlichen Gebiete des Landes zu werden. Aber hier erhebt sich die Schlüsselfrage, ob für eine intensive und rationelle Nutzung der Landschätze Kasachstans aus alles getan wurde und getan wird? Das Leben hat bewiesen: Bei weitem nicht alles.

Der sich im Laufe von Jahrzehnten herausgebildete Leitungsstil in der Landwirtschaft ruft nicht nur bittere Ironie, sondern auch Verdruß und Empörung hervor. Auch heute wird nach wie vor im Staatlichen Agrar-Industrie-Komitee des Landes diktiert, was und wie man säen, was und wieviel produziert werden muß. Der im vergangenen Jahr gefaßte Beschluß hat alle Möglichkeiten über die Jahre 1989—1990 gebieterisch verteilt. Wie soll man aber, solch einen Beschluß unter den Verhältnissen der Selbstfinanzierung und des Gesetzes über den Betrieb erfüllen?

Der Redner berichtete von den Maßnahmen, die in der Republik zur Verbesserung der Ökonomik des Dorfes und der Lösung der sozialen und kulturellen Probleme unternommen werden. In den drei Jahren des laufenden Planjahrfünfts ist es gelungen, eine Reihe von Disproportionen im Agrarkomplex zu beseitigen, die Futterbeschaffung um fast ein Drittel zu erhöhen und den Bau von Kartoffel-, Obst- und Gemüsespeichern zu verdreifachen. In der Viehzucht erstarkt die Integrierung des gesellschaftseigenen Sektors mit der Eigenwirtschaft. Dabei wird bei der Vergrößerung des Vieh- und Geflügelbestands die Priorität den individuellen Wirtschaften eingeräumt.

(Fortsetzung S. 3)

Umgestaltung der Agrarpolitik — revolutionäre Strategie der Partei

(Fortsetzung)

Diese Reserve bot uns die Möglichkeit, die Fleisch- und Milchbeschaffung von der Bevölkerung aufs 1,5fache zu erhöhen. Die Bevölkerung spürt schon eine reale Verbesserung der Versorgung mit vielen Lebensmitteln, mit genossenschaftlich hergestellten Fleisch- und Wurstwaren.

Zum Hauptfaktor bei der Überwindung der Entfremdung der Dorfeinwohner dem Boden und der Farm werden die Kooperativ- und Pachtelemente der Arbeitsorganisation. Es ist jedoch nicht nur ein Gesetz über die Pacht, sondern auch eine wissenschaftliche Ausarbeitung seiner Realisierung nötig. Dabei muß den Rayonexekutivkomitees das Recht gewährt werden, die von Kolchosen und Staatsbetrieben nicht rationell genutzten Ländereien zu beschlagnahmen, um sie den Pächtern, Genossenschafts- und Eigenwirtschaften zu übergeben.

Die Republik, betonte der Redner, benötigt Kleinfärmen-Mechanisierung und Ersatzteile. Für einen Pächter ist es vorteilhafter, die vorhandene Technik wiederherzustellen, als sich neue anzuschaffen. Man muß die Versorgung des Dorfes mit Ersatzteilen in erster Linie auf den Großhandel umstellen. Es sind neue, revolutionäre Herangehensweisen auch bei der Planung notwendig.

Der Redner beantragte Freiwilligkeit beim Erteilen des Staatsauftrags, die Schaffung eines Spezialfonds für die Erhöhung der Aufkaufspreise in Dürrejahren, eine allgemeine Preisbildungsreform; er berührte Probleme der Ökologie sowie der sozialen und kulturellen Erneuerung des Dorfes.

Drei Jahre lang dauert im Gebiet die Suche, Prüfung und praktische Realisierung der Methoden und Formen der Verbesserung der Tätigkeit des Agrar-Industrie-Komplexes, erklärte **J. I. Litwinzew**, Erster Sekretär des Gebietsparteikomitees Tula. Es werden Komplexprogramme der Entwicklung der materiellen Produktionsgrundlage der Ökonomik und der sozialen Umgestaltung des Dorfes realisiert. Aber die realen Hebel, die auf die Lösung dieser akutesten Probleme einwirken könnten, sind leider bisher noch nicht geschaffen worden.

Alle sind damit einverstanden, daß das Dorf wieder aufgebaut werden muß — und zwar im Komplex. Doch die Gestaltung der Pläne des vertragsmäßigen Aufbaus des Dorfes verläuft nach wie vor nach dem Restprinzip. Der Hauptinvestitionsträger ist das Ministerium für Bauwesen der UdSSR. Der Umfang der Bauarbeiten auf dem Lande, der von dieser Organisation gemäß dem Beschluß über die Nichtschwarzerdezone für die Fünfjahrplanperiode vorgesehen ist, hat man in den letzten zwei Jahren verringert.

Das ruft Besorgnis hervor, daß auch die neuen Planaufgaben unerfüllt bleiben werden. Heute wird viel von der Rückerstattung der Schulden an das Dorf gesprochen. Das ist eine sehr verschwommene These. Sie muß konkretisiert werden. Ich bin der Meinung, daß man dem Dorf in erster Linie den nötigen Teil des Vertragsbaus zurückgeben muß, und damit werden auch die garantierten Ressourcen kommen. Ich schlage vor, in unseren politischen Dokumenten extra die Priorität der Dorfbauarbeiten bei der Planung der Staatsbauaufträge hervorzuheben, damit kein Teilnehmer der Formierung der Investitionsprozesse dieses Prinzip verletze.

Ferner sprach der Redner über die Notwendigkeit der Erweiterung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Branchenarbeiter. Große Möglichkeiten bieten in diesem Zusammenhang Pacht und Kooperierung. Das ist gut am Beispiel des Sowchos „Sybino" zu sehen. Vollständig nach der Methode dieses Sowchos arbeiteten im vergangenen Jahr 12 Betriebe, in diesem Jahr sind es schon 90.

Heute werden oft Stimmen laut, die Kollektivwirtschaften hätten sich nicht gerechtfertigt, mehr noch — sie seien die Ursache der Notlage auf dem Dorf. Natürlich sollen sich dort, wo es dazu Bedingungen gibt, selbständige Bauernwirtschaften entwickeln. Doch unsere Erfahrungen beweisen, daß die Kolchose und Sowchose, die auf der Grundlage der Pachtverhältnisse und der wirklichen wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, auf dem richtigen Wege sind. Und wir unterstützen diese prinzipielle Schlußfolgerung des Berichts vollständig. Nur müssen die Wirtschaftswissenschaftler diese ersten Erfahrungen schneller analysieren, die nötigen ökonomischen und Rechtsgrundlagen unserer sowjetischen Pacht ausarbeiten und die Formen der Realisierung des sozialistischen Eingentums bestimmen. Dabei die Versuche der Praxis nicht einfach kritisieren und ablehnen, sondern sie wissenschaftlich begründen.

M. S. Gorbatschow. Während des Treffens mit den Werktätigen im ZK hatte ein Brigadier gesagt: „Mögen uns die Wissenschaftler bei der Einführung des Pachtvertrags helfen." Das muß man zur Losung für die Zukunft machen, wenn wir mit der Realisierung der Plenumsbeschlüsse beginnen werden. Die Wissenschaftler müssen nicht nur bei der Einführung des Pachtvertrags, sondern auch aller neuer Mechanismen und bei der Umgestaltung der Produktionsbeziehungen helfen. Hier tut die Hilfe der Wissenschaft not. Der Arbeiter hat das begriffen. Viele unserer Genossen sind sehr in Kritik verfallen. Doch man muß arbeiten — die Zeit vergeht.

J. I. Litwinzew. Richtig, Michail Sergejewitsch! Parallel mit der Vervollkommnung der Leitungsorganisation der Produktion auf dem Niveau der Betriebe wird im Gebiet auch die Leitung des Agrar-Industrie-Komplexes auf dem Rayonniveau gewährleistet. Hier geht man den Weg der Gründung freiwilliger kooperativer Agrar-Industrie-Vereinigungen und der Bildung zwischenbetrieblicher Kooperative für Produktionsverarbeitung und Bedienung der Betriebe. Das hat seinerseits die Reorganisation der Leitung auf Gebietsniveau herbeigeführt. Vor einem Monat wurde auf der Gründungsversammlung der bevollmächtigten Vertreter statt des Agrar-Industrie-Komitees die Gebietsassotiation von Agrarproduzenten „Agropromsojus" gebildet. Auf diese Weise ist die Teilung von Staats- und Wirtschaftsfragen bei der Leitung des Agrarkomplexes abgeschlossen und ist seine volle Demokratisierung durchgeführt worden. Diese Novationen stoßen aber auf eine direkte Abwehr, besonders in den oberen Schichten. Heute bilden die neuen Formen einen Widerspruch zur ganzen Menge der Gesetz- und Normativakten, die die aufkommenden neuen Produktions- und Wirtschaftsbeziehungen „torpedieren".

Abschließend hob der Redner hervor, daß die Neueinführungen es den Dorfwerktätigen des Gebiets ermöglicht haben, in den drei Jahren der Planperiode eine ansehnliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und -rentabilität zu erzielen.

Es ist völlig klar, unterstrich der Vorsitzende des Staats-Agrar-Industrie-Komitees der UdSSR **W. S. Murachowski**, daß die Agrarpolitik der Partei bei weitem nicht immer den langfristigen Zielen des Sozialismus entsprach und sich manchmal den Interessen der Kolchosbauern ganz entgegenlief. In dem Plenum zur Diskussion vorgelegten Dokumenten sind exakt Aufgaben zur Erneuerung der Wirtschaftsbeziehungen auf dem Lande, zur effektiven Nutzung des dort gesammelten Potentials und zur Veränderung der Investitionsstrukturen umrissen. Diese und andere Maßnahmen werden es ermöglichen, bis Ende der XIII. Planperiode die Getreideproduktion zu vergrößern und den Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch auf 80 Kilogramm und von Milch — auf 400 Kilogramm zu bringen. Insgesamt ist vorgesehen, die Produktion von Lebensmitteln ums Anderthalbfache zu vergrößern.

Der Redner hob hervor, daß dies angespannte Aufgaben sind, für deren Realisierung Extramaßnahmen not tun. Wir betrachten die neue Einstellung zur Realisierung der Eigentumsformen, die Rechtmäßigkeit der Entwicklung mehrerer nebeneinanderbestehender sozialökonomischer Formationen der Landwirtschaft für prinzipiell wichtig.

Zugleich, so sagte der Redner, bleiben die Kolchose und Sowchose das wichtigste Kettenglied in der Agrar-Industrie-Produktion. Leider haben in diese Frage sowohl die Presse als auch die Wirtschaftler, sogar die Mitglieder der Lenin-Unionsakademie für Landwirtschaftswissenschaften viele Mißverständnisse hineingebracht. Ich denke, daß die Pachtvertragsbeziehungen, die Kooperationsformen der Produktionsorganisation und der Selbstverwaltung der nötige Weg der Umgestaltung der jetzigen Betriebe zu Kooperativen von Pachtvertragskollektiven ist.

Die Anerkennung des Rechts auf Bodenpacht eröffnet breite Möglichkeiten für die Entwicklung von selbständigen Bauernwirtschaften auf dem Lande. Man muß kühn darauf eingehen, um für sie und für die individuellen Hilfswirtschaften jegliche Schranken aufzuheben und mit dem gesellschaftlichen Sektor gleiche ökonomische Bedingungen zu schaffen.

Der Redner beleuchtete Fragen der weiteren Vervollkommnung der Ware—Geld—Beziehungen, der Stabilisierung des Finanz- und Kreditesystems, der Bilanziertheit des Geldumlaufs. In der Tätigkeit der Betriebe, sagte er, sollen die Interessen des Produzenten, die Vertragsbeziehungen und der Markt immer mehr zum wichtigsten Regler werden. Bedeutet das etwa, daß wir Spontanität entfesseln? Nein. Der Staat kann auf diese Erscheinung effektiv durch ein flexibles Steuersystem, durch die Investitions- und Kreditepolitik sowie durch andere Hebel einwirken.

Auf Fragen der Planung und Preisbildung eingehend, hob W. S. Murachowski die prinzipielle Wichtigkeit des Grundsatzes hervor, der den Betrieben das Recht einräumt, selbständig die Produktionsstruktur zu bestimmen. Gleichzeitig muß man es den Kolchosen und Sowchosen gestatten, freiwillig den Staatsauftrag zu übernehmen, wobei die Erfüllung solch eines Auftrags durch materiell-technische Ressourcen zu stimulieren ist. In der Diskussion mit anderen Berichterstattern sprach sich der Redner dafür aus, daß man in der XIII. Planperiode den Staatsauftrag bei Getreide, Fleisch, Milch und einigen anderen Erzeugnissen noch erhalten soll. Denn der Auftrag bei Nahrungsgetreide wird bei uns nur nach dem Minimum, das der Staat braucht, geformt.

M. S. Gorbatschow. Denken wir mal daran, Genossen, daß die Worte „Interessen des Staates", wenn wir sie gebrauchen, oft als etwas Bürokratisches aufgefaßt werden. Das ist falsch. Was ist, sagen wir mal, Baumwolle? Das ist der Bedarf der gesamten Textilindustrie des Landes. Das ist die Befriedigung der Bedürfnisse von Millionen Menschen. Das sind die Interessen des Staates.

W. S. Murachowski. Deswegen ist die Erfüllung des Staatsauftrags obligatorisch. Die Freiheit des Wirtschaftens muß sich mit der größten Verantwortung für die Erfüllung des Staatsauftrags und mit Disziplin vereinigen.

Der Redner sprach ferner zu Fragen der Gründung neuer Wirtschaftsbeziehungen und der sozialen Entwicklung des Dorfes sowie über Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung des Agrar-Industrie-Komplexes.

Der Minister für Gesundheitswesen der UdSSR **J. I. Tschasow** erinnerte daran, daß es mal eine Zeit gab, da man aus der Stadt ins Dorf fuhr, um seine Gesundheit zu stärken. Heute haben wir ein ganz anderes Bild. Wir sprechen von einem Mangel an Arbeitskräften im Agrar-Industrie-Komplex, hier erscheinen aber täglich 750 000 Werktätige nicht zur Arbeit, weil sie krankgeschrieben sind.

Der Minister ging in seiner Ansprache auf den Stand der materiell-technischen Basis des Gesundheitswesens auf dem Lande, auf die Fluktuation der medizinischen Kader, auf das niedrige sanitäre Niveau des Dorfes ein.

Wir fassen Beschlüsse über die Versorgung des Dorfes mit Gas und Fernheizung — das ist begrüßenswert. Wollen wir mal aber dem Dorfbewohner vor allem gutes Trinkwasser geben. Denn heute sind nur 36 Prozent der Dorfbevölkerung durch zuverlässige zentrale Wasserversorgung erfaßt. Die ersten Schritte, die gegenwärtig von den Republiken zur Verbesserung der Wasserversorgung unternommen werden, haben im vergangenen Jahr eine Senkung der Erkrankungshäufigkeit an Bauchtyphus um 10 Prozent und an Virushepatitis — um 17 Prozent herbeigeführt.

Um die meisten dieser Fragen zu lösen, sind keine Dutzende von Milliarden Rubel notwendig, wie auch wohl kein Sonderbeschluß des Zentralkomitees der Partei notwendig ist. Erforderlich ist nur schlichte Aufmerksamkeit für diese Fragen seitens der Partei- und Staatsorgane, seitens der Leiter des Agrar-Industrie-Komplexes.

Die sozialen Probleme des Dorfes laufen selbstverständlich nicht allein auf dessen sanitären Zustand hinaus, sagte der Redner. Da sind auch die Vorschuleinrichtungen, an denen es auf dem Lande mangelt, und die Schulen, wo es so viele eigene Probleme gibt. Das Wichtigste, was den Dorfbewohnern am meisten Sorge macht, sind die Mängel der medizinischen Betreuung, ihr viel geringeres Niveau im Vergleich zu dem in der Stadt. Wir müssen dringend neue Krankenhäuser in Rayonzentren und ärztlich besetzte Ambulatorien in den Dörfern bauen unter Heranziehung aller möglichen Mittel, darunter auch derjenigen der Kolchose und Sowchose. Es ist die Entwicklung und der serienmäßige Bau fahrbarer Ambulanzen und zahnärztlicher Kabinette usw. notwendig. Wir brauchen in ausreichender Menge geländegängige Sanitätswagen; wir brauchen neue wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen der Kolchose und Sowchose zu den Gesundheitseinrichtungen. Wir brauchen schließlich einen Komplex von Maßnahmen, um die medizinischen Kader an das Dorf zu binden.

Viele Kolchosvorsitzende bitten: „Helfen Sie doch, daß man uns bei unseren Beziehungen zu den medizinischen Einrichtungen freie Hand läßt. Warum dürfen wir einem Tierarzt, der das Vieh im Sowchos behandelt, für gute Arbeit als Prämie bis 9 Gehälter zahlen, einen Arzt aber, der die Mitglieder unseres Kolchos vortrefflich behandelt, dürfen wir nicht prämieren. Warum dürfen wir den medizinischen Einrichtungen für Kinder die Fleisch- und Milcherzeugnisse nicht nach Selbstkosten zukommen lassen und die realisierten Mengen in die Erfüllung des staatlichen Aufkaufplans einschließen? Diese Einrichtungen erhalten ja doch dieselben Lebensmittel vom Staat." Und dabei handelt es sich um das Wichtigste — um die Menschen.

Der Bericht M. S. Gorbatschows, sagte der Erste Sekretär des Gebietsparteikomitees Tschita **N. I. Malkow**, widerspiegelt in vollem Maße die dramatische Geschichte unseres Dorfes und der Lösung des Lebensmittelproblems, enthält Vorschläge zu Fragen der Agrarpolitik der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen, die zweifelsohne die Unterstützung der Dorfwerktätigen und des ganzen Volkes finden werden.

Zugleich bin ich der Ansicht, daß die Beschlußentwürfe, die zur Erörterung unterbreitet wurden, vorläufig nicht vollständig den Schlußfolgerungen und den Leitsätzen des Berichts entsprechen und die nötigen radikalen Änderungen in der sozialökonomischen Entwicklung des Dorfes nicht herbeiführen werden.

Erstens — die Frage des Bodens. Es wäre zweckmäßig, im Lande eine vollständige Bestandsaufnahme der Flächen vorzunehmen, die sich sowohl im Besitz der Kolchose und Sowchose als auch der staatlichen Fonds befinden.

Zweitens — die Frage der Priorität der sozialökonomischen Entwicklung des Agrar-Industrie-Komplexes. Es gilt, den Aufwand sowohl für den Bau von Produktionsobjekten als auch für den Bau von Objekten für Nichtproduktionszwecke wesentlich zu vergrößern. Im Transbaikalgebiet sind diese Fragen aufs äußerste zugespitzt.

Drittens — die Schulden der Kolchose und Sowchose. Ich bin der Ansicht, daß die Kreditverschuldungen der Kolchose und Sowchose ausgebucht werden müßten. Das wäre gerecht. Ein Teil der Verschuldung wäre auf diese Weise dem Dorf zurückerstattet.

Viertens — die Entwicklung der Vertragsbeziehungen. Die im Bericht dargelegten Schlußfolgerungen und Einschätzungen rückhaltlos unterstützend, möchte ich wiederholt hervorheben, daß die Pachtbeziehungen keinesfalls gewaltmäßig aufgezwungen werden dürfen. Nach der psychologischen Auffassung der Menschen und nach dem Stand der materiell-technischen Versorgung der Pächter gesehen, ist das Dorf zur Pacht noch in so mancher Hinsicht nicht bereit. Das Bestreben, nicht zurückzubleiben, führt zur formellen Gründung von Pachtkollektiven, zur Diskreditierung der Idee der Pacht selbst.

Paar Worte zur Situation im Agrar-Industrie-Komplex unseres Gebiets. In den letzten Jahren ist es gelungen, die Arbeit der Parteiorganisationen und der Kader zur Überwindung der äußerst vernachlässigten Entwicklung der Dörfer im Gebiet Tschita gewissermaßen zu aktivieren. Die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Jahresdurchschnitt ist in dieser Zeitspanne gegenüber dem Niveau des elften Planjahrfünfts gestiegen. Ein grundsätzlicher Umschwung bei der Lebensmittelversorgung ist jedoch nicht eingetreten.

Wir halten es für notwendig, auf die Frage der Feinwollschafzucht einzugehen, die sehr lange Zeit keine Lösung findet. In der Viehzucht des Gebiets beläuft sich dieser Zweig auf rund 70 Prozent. Um sie zu entwickeln, gilt es, das Gebiet von den Fleischlieferungen an den Unions- und Republikfonds zu befreien oder diese wenigstens wesentlich zu verringern.

Ferner sprach der Redner von der Gewährleistung eines äquivalenten Austauschs zwischen dem Agrarsektor und der Industrie. Während die Frage der Erhöhung der Aufkaufpreise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse offen entschieden wurde, so wurden die Beschlüsse über eine bedeutende Erhöhung der Preise für die Technik, für Industrie- und Baustoffe, für Dienstleistungen usw. meist im stillen gefaßt. Diese Beschlüsse durchkreuzten vollständig die guten Absichten, dem Dorf zu helfen. Der Mechanismus der Kontrolle der Äquivalenz der Wirtschaftsbeziehungen, die es gemäß Aufträgen unseres Plenums auszuarbeiten gilt, muß beliebigen Verletzungen dieses Gleichgewichts streng und zuverlässig vorbeugen.

Ich nehme an, daß den in ihrer sozialökonomischen Entwicklung vernachlässigten Gebieten, solchen wie die Nichtschwarzerdezone, das Transbaikalgebiet und einigen anderen, nun Vorzug gewährt werden muß. Es wäre zweckmäßig, auch die Produktionskapazitäten des Ministeriums für Wasserwirtschaft zu 60 Prozent auf den Bau von Fahrstraßen auf dem Lande umzuorientieren. In unserem Gebiet muß ein Trust dieses Ministeriums geschaffen werden. Ich bin auch der Ansicht, daß das Ministerium für Energetik und Elektrifizierung, die Elektrifizierung der Dörfer im Transbaikalgebiet endlich beschleunigen muß. Die Aktionen dieses Ministeriums rufen zumindest Befremden hervor. Die Pläne der Elektrifizierung werden nicht durch Ressourcen untermauert und auch nicht erfüllt.

Danach wird das Wort **R. N. Nischanow**, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Usbekistans erteilt. Indem wir die Ideen billigen, die den allgemeinen Prinzipien der Umgestaltung der Leitung des wirtschaftlichen und sozialen Bereichs der Unionsrepubliken innewohnen, so sagte der Redner, verstehen wir, daß jede Region und jede Republik vor allem dazu berufen ist, ihre Reserven und Möglichkeiten zu mobilisieren. Hier ist es sehr wichtig, exakt auch die vorrangigen wirtschaftlichen Aufgaben zu bestimmen, ob denn die wirtschaftliche Selbständigkeit bedeutet, daß jede Region und jede Republik sich in ihren administrativen und territorialen „Wohnungen" absondern und sich dazu noch verriegeln sollen? Ich glaube, daß man sogar solcherart Versuche nicht zulassen darf, denn sie hätten die schwersten Folgen.

Ich bin überzeugt, daß der wahre Sinn und das Ziel der geplanten Umwandlungen darin bestehen, mit maximaler Effektivität und Leistung die natürlichen Wirtschaftsmöglichkeiten jeder Republik sowohl für die möglichst volle Befriedigung der Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung, als auch für die Vergrößerung des Beitrags zum volkswirtschaftlichen Komplex des Landes zu nutzen.

Wie aus den Entwürfen der unterbreiteten Dokumente hervorgeht, behält Usbekistan seine Spezialisierung auf die Baumwolleproduktion. Man möchte jedoch unterstreichen, daß die Spezialisierung auf Baumwolleanbau nichts mit der Baumwollmonokultur zu tun hat.

Zweckmäßig wäre auch, den Ankauf von Rohbaumwolle für einige Jahre zu stabilisieren. Und wir würden dabei die Saatstruktur verbessern. Ein guter ökonomischer Stimulator könnten dabei die Abführungen an den Haushalt der Republik von den Umsatzsteuern für die aus unserem Rohstoff hergestellten Enderzeugnisse in anderen Regionen sein. Man muß auch andere Varianten der Beziehungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung und die Aufkaufpreise von Baumwolle, Wolle, Seidenkokons und Eibisch durcharbeiten, um möglichst mehr Interesse für die Steigerung ihrer Produktionseffektivität hervorzurufen. Zugleich muß man die Baumwollverarbeitung auch intensiv an der Basis entwickeln, wo es umfangreiche Arbeitsressourcen gibt. Dringend notwendig ist eine Verbesserung der Bodenmelioration.

Um das Agrar-Industrie-Komplex aus der Klemme zu ziehen, unterstrich der Redner anschließend, ist vor allem unsere sachkundige, initiativreiche organisatorische und politische Arbeit erforderlich. Die Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsorgane der Republik sind sich dessen bewußt, daß die geringen Leistungen der Bewässerungsflächen auf die mangelnde Bereitschaft unserer Kader, auf neue Art zu arbeiten, auf die zaghafte Einführung der Intensivtechnologien, die Rückständigkeit bei der Selektionsarbeit und Samenzucht und auf die geringe Auswertung fortschrittlicher Erfahrungen zurückzuführen sind.

A. W. Wlassow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrats der RSFSR beurteilte die Sachlage im Agrar-Industrie-Komplex der Russischen Föderation. Die Situation um die Lebensmittelgüter in der Republik bleibt angespannt. Für die Entwicklung der Landwirtschaft sind in den letzten acht Jahren über 200 Milliarden Rubel Investitionen bereitgestellt worden. Im Ergebnis sind die Produktionsfonds um 62 und die Bruttoproduktion ist lediglich um 19 Prozent gestiegen.

In der Republik sucht man beharrlich nach Reserven der Effektivitätssteigerung der landwirtschaftlichen Produktion, es wird die Leitungsstruktur in der Landwirtschaftsproduktion geändert, werden die wirtschaftliche Rechnungsführung, kooperative und Pachtverhältnisse eingeführt.

Dies geht nicht einfach vor sich. Es gibt da Menschen, die das nicht nur unterschätzen, sondern sich auch gegen das Neue sträuben. Nicht selten werden den Pächtern ertragarmer Boden und alte Technik bereitgestellt sowie unmäßig hohe Zahlungen für verschiedene Dienstleistungen festgelegt.

Der Redner billigte wärmstens den Vorschlag über die beschleunigte Entwicklung der individuellen Hauswirtschaften. Aus den Bauernwirtschaften wird in der Republik 25 Prozent der Fleisch-, Milch- und Gemüseproduktion, die Hälfte von Obst und Beeren und etwa 60 Prozent der Kartoffeln geliefert. Jedoch in der Hälfte der 14 Millionen individueller Nebenwirtschaften werden gegenwärtig keine Rinder sowie keine Kühe gehalten, etwa zwei Drittel halten keine Schweine und Schafe, und dies vor allem deshalb, weil dazu nicht die nötigen Bedingungen geschaffen wurden. Es sind großangelegte Maßnahmen zur Schaffung einer Spezialindustrie für die Produktion von Kleinmechanisierungsmitteln, Kleintechnik und anderen Mechanismen erforderlich.

Besondere Aufmerksamkeit gilt den sozialen Problemen auf dem Lande. 4,5 Millionen Einwohner haben in den letzten acht Jahren die russischen Dörfer verlassen, jährlich werden etwa 3 000 Landgemeinden von der Landkarte Rußlands gestrichen. Das ist ein besorgniserregendes Symptom. Der Ministerrat der Republik trägt die Verantwortung dafür, daß die Planaufgaben bei der Übergabe von Krankenhäusern, Vorschuleinrichtungen, Klubs und Kulturhäusern im Vorjahr nicht erfüllt, und daß die Ressortschranken bei der Lösung der sozialen Aufgaben nicht überwunden worden sind.

Der Redner unterstützte den Übergang zu den neuen Planungsprinzipien, die weitere Demokratisierung der Produktionsverhältnisse im Agrarsektor der Wirtschaft. Diesbezüglich unterstrich er: Es darf nicht zugelassen werden, daß sich der Staatsauftrag in eine verschleierte Form von Druckmethoden verwandelt. Diese Fragen müssen zusätzlich unter der Teilnahme der Republiken, Regionen und Gebiete durchgearbeitet werden. Vielleicht sollte man den Staatsauftrag in Höhe von 70 bis 80 Prozent des jahresdurchschnittlichen Beschaffungsniveaus in den letzten fünf Jahren festlegen und für die zusätzliche Getreidelieferung in die Staatsressourcen Maßnahmen zur Stimulierung des Staatsauftrags erarbeiten.

Wir sind uns der Verantwortung für den Beitrag der Russischen Föderation zur Lösung des Lebensmittelprogramms bewußt.

J. S. Boldyrew, Erster Sekretär des Parteikomitees der Region Stawropol, wies darauf hin, daß die besten Ergebnisse jene Agrarbetriebe erzielen, wo erfolgreich kooperative, Pacht- und andere Formen der Beziehungen im Rahmen der Kolchose und Sowchose miteinander verbunden werden. Am zweckmäßigsten erscheint folgendes Vorgehen: Die Suche nach neuen Formen und ihre Einführung muß von unten erfolgen; die Aufgabe des Zentrums aber besteht darin, die perspektivischen Initiativen auf jegliche Art und Weise zu unterstützen.

Die erfolgreiche Verwirklichung des Lebensmittelprogramms wird am stärksten durch die übereilte, ungenügend durchdachte Verabschiedung von Beschlüssen beeinträchtigt. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Leitungsapparat keine Verantwortung für die angenommenen Beschlüsse trägt; andererseits ist kein ausreichend zuverlässiger Mechanismus zum Schutz der langfristigen Interessen des Bauerntums geschaffen worden.

Das Fehlen dieses Mechanismus beeinträchtigt am stärksten die Tätigkeit der Sowchose, die unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung und Eigenfinanzierung arbeiten. In der Landwirtschaft, wo das Schicksal der Produktion in wenigen Stunden entschieden wird, führt die Unterbrechung der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Treibstoff zu besonders spürbaren wirtschaftlichen Verlusten. Es ist höchste Zeit, den allgemeinen Grundsatz des Zivilrechts, der Einziehung der Verluste in vollem Maße, einschließlich nicht nur des direkten Schadens, sondern auch der nicht erwirtschafteten Einkünfte, vorsieht, auch auf die Beziehungen zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben und ihren Partnern zu erstrecken.

Der Redner sprach auch darüber, das der Prozeß der Genesung der Landwirtschaft durch die sprunghafte Preiserhöhung für Industrieerzeugnisse untergraben wird. Wegen der kurzsichtigen Politik mancher Staatsorgane sind wir alljährlich gezwungen, bis zu einer Million Tonnen hochwertigen Weizen dem Vieh zu verfüttern. Man fragt sich, braucht unser Land denn wirklich solches Getreide nicht? Und sollte das der Fall sein, so taucht die Frage auf, warum kein solcher Mechanismus geschaffen wird, der die Betriebe unter vorteilhaften Bedingungen stimulieren würde, dieses hochwertige Getreide zu verkaufen? Eine bestimmte Perspektive eröffnet hier die Praxis des Verkaufs von Technik und Materialien auf der Grundlage des überplanmäßigen Aufkaufs.

Die Festigung der Finanzlage der Kolchose und Sowchose hat es ihnen ermöglicht, einen Teil der bei Eigenfinanzierung erwirtschafteten Mittel für soziale Zwecke bereitzustellen. Es gibt noch eine solide Finanzierungsquelle — das sind persönliche Ersparnisse der Landbevölkerung. Die Dorfbewohner stellen gern ihre Ersparnisse für den Wohnungs- und den Straßenbau, für die Verlegung von Gas- und Wasserleitungen bereit. Man muß zusätzliche materielle Fonds für die beschleunigte soziale Entwicklung des Dorfes ausfindig machen. Daraus ergibt sich die akute Notwendigkeit, eine detaillierte Revision der Versorgungsbeziehungen in unserem Lande vorzunehmen und dies juristisch bei der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Selbstverwaltung und die örtliche Wirtschaft zu verankern.

Die Einwohner der Region Stawropol, sagte der Redner, teilen die Besorgnis der Öffentlichkeit unseres Landes darüber, daß die uns für die Bodenmelioration bereitgestellten großen Mittel noch nicht den erwünschten Nutzeffekt einbringen. In unserer Region jedoch, in der die bewässerten Ländereien nur 6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen ausmachen, liefern sie fast ein Viertel der pflanzlichen Gesamtproduktion. Das berechtigt uns, Fragen einer weiteren Entwicklung der Melioration aufzuwerfen.

Jedoch verbreitet sich in unserer Gesellschaft in letzter Zeit ein ablehnendes Verhalten zur Melioration wie auch zu verschiedenen Arten der Energetik und zu der chemischen Produktion. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man über die Ökologie nachdenken muß, und zwar gründlich. Dabei dürfen wir aber die Perspektiven unserer Entwicklung nicht übersehen. Hier tun objektive und wohlüberlegte Empfehlungen der Wissenschaftler not.

Als nächster ergriff das Wort **K. Machkamow**, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Tadshikistans. Die Thesen und die Schlußfolgerung M. S. Gorbatschows, sagte er, erfordern von uns, unverzüglich die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Die vorgelegten Dokumentenentwürfe beinhalten die Lösung grundlegender Fragen des Agrar-Industrie-Komplexes unseres Landes, und wir unterstützen sie.

Der Redner ging auf einige Fragen ein, die für Tadshikistan von prinzipieller Bedeutung sind. Pro Kopf der Bevölkerung kommen in der Republik lediglich 0,11 Hektar bewässerter Ländereien. Das Ministerium für Melioration und Wasserwirtschaft der UdSSR erschließt im Zusammenhang mit dem Problem des Aralsees keine neuen bewässerten Ländereien mehr. Jawohl, den Aralsee muß man retten, doch man muß auch alles unternehmen, um den Lebensmittelbedarf der 5 Millionen Menschen unserer Republik zu decken.

Viele Jahre lang befassen sich das Ministerium für Melioration und Wasserwirtschaft der UdSSR sowie die Projektierungs- und wissenschaftlichen Einrichtungen mit der Entwicklung wassersparender Technologien, mit der Herstellung spezieller landwirtschaftlicher Maschinen und Ausrüstungen. Man fragt sich aber: Wo bleibt diese Technik? Warum produziert sie niemand in ausreichenden Mengen?

Wir haben es gelernt, den Obst- und Weinanbau auf mit Wasser versorgtem Trockenland ohne Bewässerung zu entwickeln, doch das Gemüse, die Kartoffeln und Futterkulturen gedeihen unter unseren Bedingungen hauptsächlich auf bewässertem Land.

Wir wissen, daß die Sachlage sehr kompliziert ist, unterstrich der Redner. Im vergangenen Jahr wurden die Normen des Wasserverbrauchs je Produktionseinheit reduziert und die Bezahlung des Wassers eingeführt, das über die Rechnungsnormative verbraucht wird. Und man muß sagen, der Effekt blieb nicht aus. Im laufenden Jahr wird diese Bestimmung in der ganzen Republik eingeführt.

Außerdem müssen, um das Lebensmittelproblem zu lösen, in der Produktion des Agrar-Industrie-Komplexes der Republik einige strukturelle Änderungen vorgenommen werden. Der Bedarf des Lebensmittelkomplexes an Ländereien wird noch immer nicht vollständig gedeckt. Dabei ist der Baumwollanbau in eine schwierige Situation geraten. Der Verdienst der Baumwolle anbauenden Menschen verringert sich. Wenn wir in den nächsten ein bis zwei Jahren dieses Problem nicht lösen, dann werden sich viele von der Baumwollproduktion lossagen.

Eine der kompliziertesten Fragen, die leidenschaftlich erörtert wird, ist die Umgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen im Agrar-Industrie-Komplex und deren Leitung. Da möchte ich noch einen Gedanken aussprechen: Wenn die Frage der materiell-technischen Versorgung der Agrarbetriebe nicht gelöst wird, dann werden wir wieder mal einen Mißerfolg einstecken müssen.

Der Redner sprach auch über die Probleme der Vervollkommnung der wirtschaftlichen Beziehungen im Agrar-Industrie-Komplex und über Ökologiefragen, machte einige kritische Bemerkungen gegenüber einigen Massenmedien, deren Äußerungen der Entwicklung der Industrie in der Republik nicht förderlich sind.

In unser Neuland ist das 35. Frühjahr seit seiner Erschließung eingezogen, sagte **N. W. Gellert**, Mechanisatorin aus dem Amangeldy-Sowchos. In diesem Saal sind viele Menschen anwesend, deren Schicksale mit der Neulanderschließung verbunden sind. Und wenn wir heute auch in einer Zeit leben, wo man nicht zu Jubiläen aufgelegt ist, möchte ich trotzdem die Neulandbewohner beglückwünschen. Das Neuland lebt und liefert Getreide! Heute hat die zweite Generation der Neulandbewohner, und das sind wir, die größte Last zu tragen.

Den Brigadevertrag setzten wir Anfang der 80er Jahre mit Hilfe des Sekretärs des Rayonparteikomitees durch und arbeiteten gleich Partisanen. Jeder unser selbständiger Schritt wurde verboten. Es kam so weit, daß man uns, als wir im Jahre 1985 zur Erntebergung ohne Befehl von oben erschienen, keine Transportmittel zum Getreideentladen bereitstellte.

Die Zeit der Umgestaltung begann mit der Ablösung der Leitung in der RAPO und einem Strom von Anweisungen und Befehlen aus den aufgeblähten Dienststellen dieser Vereinigung.

Bald gingen wir aber zum Pachtvertrag mit der festen Hoffnung über, Herren unserer Felder zu werden. Unsere ganze Arbeit erfolgt mit einem derartigen Nervenaufwand, der noch mal für eine Neulanderschließung ausreichen würde. Bedenken Sie nur, daß die Administration sogar den Pachtvertrag mit uns nicht für fünf Jahre, wie empfohlen wird, sondern nur für ein Jahr abschließt. Diesmal versprach man uns, den Vertrag irgendwarum erst nach dem Plenum abzuschließen. Unser Leiter ist wahrscheinlich immer noch nicht überzeugt, daß er in einer neuen Zeit lebt und daß die Umgestaltung auch unseren Sowchos erreicht hat.

Eines ist hier sonnenklar: Wenn

(Schluß S. 4)

Umgestaltung der Agrarpolitik — revolutionäre Strategie der Partei

(Schluß)

man den Ackerbauern und Tierzüchtern das Recht einräumt, selbständig zu wirtschaften, so bedeutet das, daß zwei Drittel des Verwaltungsapparates ihre Stellung aufgeben müssen. Bürokraten besiegen uns und werden es auch so lange weiter tun, bis die Partei und die Sowjets in dieser Frage einen wahren revolutionären Umschwung herbeiführen.

Ferner wies die erfahrene Mechanisatorin auf die Notwendigkeit, eine Bodeninventur vorzunehmen, und warf die Frage auf, die einheimischen Traktoren zu vervollkommnen.

Gestern sprachen Sie, Michail Sergejewitsch, über den schlechten Umgang der Dorfleute mit der Technik. Unter welchen Bedingungen müssen wir aber arbeiten? Bei minus 40 Grad befindet sich die ganze Technik unter freiem Himmel, alles friert, wir erwärmen mit Lötlampen und Fakkeln nur den Motor, alles andere muß sich bei dieser Temperatur gehörig drehen. Es fehlt an Gefrierschutzmitteln und Tassol, im Winter benutzen wir Sommerkraftstoff, so daß die Technik wie angeschossene Panzerwagen dasteht, und die Felder liegen im Umkreis von 40 Kilometer herum.

Da wir keinen Ausweg daraus sehen, sind wir gezwungen, Unerlaubtes zu tun, und zwar, wir demontieren einen Traktor bis auf das Gestell zu Ersatzteilen...

Besorgniserregend ist auch, daß in der Landwirtschaft weiterhin die Praxis der Massenkampagnen geübt wird. Bezüglich des Pachtvertrags gibt es in der Presse bis jetzt keine einzige kritische Bemerkung, nur lauter Loblieder. Kann es aber ein gleiches Rezept für das kleine Feld in der Nichtschwarzerdezone und für den 200 bis 400 Hektar großen Schlag im Neuland geben? Können denn alle Zweige der Landwirtschaft mit gleichem Erfolg nur nach der einen Methode — dem Pachtvertrag — betrieben werden? Später werden wir die Übergriffe wiedergutmachen müssen. Die Menschen denken immer öfter: Vielleicht sind die Bürokraten gerade dadurch stark, daß sie uns immer wieder auf unsere Fehler verweisen, uns lehren, wie sie auszumerzen seien, und sorgen dann für neue?

Der Chefredakteur der Zeitschrift „Oktjabr" **A. A. Ananjew** stellte am Anfang seiner Ansprache fest, daß die Bauernwirtschaften heute in ungleiche Verhältnisse mit Kolchosen und Sowchosen versetzt worden sind, besonders wenn es um die Belieferung mit Traktoren, Mechanisierungsmitteln usw. geht. Ich glaube, sagte der Schriftsteller, daß die Bauernwirtschaft einen Status der Grundzelle des Lebens erhalten müsse. Nur dann wird sich der Bauer wirklich als Herr auf dem Boden, als Teilnehmer der gesamtstaatlichen Angelegenheit fühlen. Bauernarbeit ohne Land ist unmöglich. Er muß unser ewiger Ernährer sein, und wir müssen sehr ernste, ja rigorose Maßnahmen bezüglich des Bodens und seiner Nutzung beschließen. Der vorliegende Entwurf stimuliert aber nach der Meinung des Redners nicht die Sorge um die Erhaltung des Bodens.

Das gegenwärtige Plenum des Zentralkomitees, sagte **W. I. Välas**, Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Estlands, muß nach der tiefen Überzeugung der Kommunisten Estlands radikale Maßnahmen zur Umgestaltung des gesamten Agrar-Industrie-Komplexes und seiner Leitung erarbeiten. Und es wurde heute von dieser Tribüne mehrmals sehr richtig betont — man muß den Pflanzen- und Tierproduzenten verbauern, ihn zum Herren des Bodens und der Produktionsmittel machen, ihm ein Maximum an günstigen organisatorischen, ökonomischen und rechtlichen Bedingungen für die Offenbarung seines Unternehmungsgeistes schaffen. Das ist unserer Ansicht nach ein Bestandteil der modernen Agrarpolitik der Partei. Das wurde klar und deutlich, überzeugend und parteilich-prinzipiell im Bericht M. S. Gorbatschows zum Ausdruck gebracht. Und darin sehen wir den Sieg des neuen Denkens, einen realen Keim der Perestroika.

Wie sehen aber unsere konkreten Taten und Ideen aus? — fuhr der Redner fort. Aufgrund der Beschlüsse der XIX. Unionsparteikonferenz und des XI. Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Estlands haben wir vor, einen Umschwung im System der Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen. Zugleich aber erstickt das Schlüsselkettenglied — die ländliche Bautätigkeit — vor Mangel an Materiallen, wie zum Beispiel an Zement, Metall, Sanitärtechnik, die uns streng nach Fonds und Limits angeliefert werden. Aus diesem Grunde werden bis 20 Prozent der Kapazitäten der Agrarausbaubetriebe nicht genutzt.

Wir unterstützen die Notwendigkeit einer flexiblen Verbindung verschiedener Formen des sozialistischen Eigentums. Das bedeutet die weitgehende Einführung der vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Selbstfinanzierung in den Kolchosen und Sowchosen, die allseitige Entwicklung der Agrar-Industrie-Kombinate, der Agrarfirmen, der wissenschaftlichen Produktionsvereinigungen, Aktiengesellschaften, des Auftrags und der Pacht, die Entwicklung der Genossenschaften, die Schaffung von Familienfarmen und Farmenwirtschaften, die Wiedergeburt der Chutors. Dabei bestimmen jeder Rayon und jeder Betrieb an der Basis selbständig, welche Formen ihnen zweckdienlich und unter den konkreten Bedingungen am meisten passen.

Wir unterstützen die Maßnahmen, gerichtet auf die Erarbeitung und Verabschiedung des Gesetzes über den Boden, das voraussehen soll: die Möglichkeit der Übergabe des Landes an die Chutorbauern zur ewigen Benutzung mit Erbfolgerecht; die Organisation der Herstellung einfacher und billiger landwirtschaftlicher Kleintechnik für die Chutors und für andere Formen der Kleinproduktion; die Umprofilierung mancher Betriebe mit Unionsunterordnung in der Republik zu diesem Zweck, die Erarbeitung des Systems staatlicher Sozialversorgung und Versicherung für die Bauern; die Erhöhung des Kreditbetrags für die Entwicklung der Chutorwirtschaft.

Die Verbesserung der Situation in der Landwirtschaft, betonte der Redner, verbinden wir mit der Realisierung der republikanischen wirtschaftlichen Rechnungsführung. In diesem Zusammenhang berührte er die Fragen der Preisbildung für die in der Republik im Staatsauftrag angekauften tierischen Erzeugnisse sowie auch der Steigerung der Produktion von Nähreiweiß in der Republik. In dieser Hinsicht kann die Estnische SSR ihren Beitrag vergrößern und die Versorgung des Landes vor allem mit hochwertigen Milcherzeugnissen wie Käse, Butter und Vollmilch verbessern. Uns erscheint es als zweckmäßig, die Lieferung von Fleisch und Fleischerzeugnissen an den Unionsfonds etwas zu reduzieren und dabei zum Ende des nächsten Planjahrfünfts die Milch und Milcherzeugnisse gegenüber dem Jahr 1985 zu rund 20 Prozent zu vergrößern.

Zum Schluß unterstrich er, daß auf dem heutigen Plenum ein ernstes parteiliches Gespräch stattfand. Aber damit das Wort rascher Tat wird, gilt es, dazu viel kühne, parteimäßige Energie und Verantwortung an den Tag zu legen. Im Namen der estnischen Parteiorganisation und der estnischen Bauern können wir erklären, daß wir dazu bereit sind.

Ich denke, daß alle einverstanden sein werden, sagte der Erste Sekretär des Altaier Regionsparteikomitees **F. W. Popow**, daß wir heute über Fragen von außerordentlicher historischer Wichtigkeit sprechen. Das Plenum muß und wird zweifelsohne neue Impulse zu revolutionären Umgestaltungen der ökonomischen Verhältnisse im Agrar-Industrie-Komplex geben.

Offensichtlich sind wir uns alle darüber einig, daß die Grundidee der Reform im Agrar-Industrie-Komplex die Wiederherstellung des Landwirtes mit den Rechten eines wahren Herren des Bodens ist. Jetzt hegt praktisch niemand mehr Zweifel daran, daß die Genossenschaften, das Pachtsystem, allerdings im Rahmen der Kolchose und Sowchose, die Grundlage des Agrar-Industrie-Komplexes darstellen und fähig sein müssen, das nötige Entwicklungstempo der Landwirtschaft zu gewährleisten. Aber zur schnellen Verbreitung dieser Formen ist es notwendig, die Widersprüche, die zwischen den initiativreichen Pächtern, Genossenschaftsmitgliedern und dem engen Rahmen der administrativen Kommandoführung durch die Kolchose und Sowchose bestehen, zu beseitigen.

In den vorbereitenden Entwürfen der Beschlüsse wurde ein gewisser Schritt in dieser Richtung getan, und ist die wichtige These über die Gewährung der praktisch vollständigen Selbständigkeit den unmittelbaren Produzenten der Erzeugnisse fixiert worden. Die Staatsaufträge bleiben nur in einer Übergangsperiode bestehen. Die Idee ist von großer Bedeutung, fordert aber eine gewaltige weitere Ausarbeitung und Vervollkommnung. Um administrativen Druck auszuschließen, muß erstens der Staatsauftrag auf der Grundlage des freiwilligen Vertragsabschlusses mit den Produzenten aufgestellt werden. Zweitens müssen die materiell-technischen Ressourcen und die Finanzkredite in gleicher Weise den zahlungsstarken Arbeitskollektiven und den einzelnen Pächter zugänglich sein. Wenn der Staatsauftrag für die Region jetzt von unten geformt wird, wird sich der Produktionsumfang von technischen und Futterkulturen, zweifellos verringern. Gleichzeitig aber werden wir den Verkauf von Weizen, Fleisch und Milch hoher Qualität steigern können. Dies bei dem vorhandenen Preisniveau. Der vergrößerte Auftrag bei Getreide zwingt dazu, sogar in den Rayons zu säen, wo es sinnvoller wäre, Futterkulturen anzubauen. Was hat es für einen Sinn aus der Region Getreide zu liefern, wenn man es vor Ort ohne Verluste und Transportkosten in tierische Erzeugnisse verarbeiten kann. Eine wichtige Voraussetzung für die ökonomische Selbständigkeit ist die vollständige wirtschaftliche Rechnungsführung. Aber heute können sich in der Region nur 15 Prozent der Agrarbetriebe normal entwickeln und leben. Natürlich gibt es unter den schwachen Betrieben solche, die man sinnvollerweise liquidieren müßte und an ihrer Stelle Genossenschaften, Bauernwirtschaften, Pachtkollektive gründen. Aber solche Betriebe gibt es nur wenige. Die Ursachen für die Nöte der übergrößen Zahl der anderen sind in der Hauptsache die nichtäquivalenten nedrigen Preise für Erzeugnisse. Zur Gesundung der Situation muß ein Mechanismus zur Preisbildung geschaffen werden, der die normale Führung der Agrar-Industrie-Produktion gewährleisten würde. Außerdem wird man wohl nicht ohne die einmalige Erlassung zumindest eines Teiles der Verschuldungen der Kolchose und Sowchose auskommen.

Gleichzeitig mit der ökonomischen Reform ist es notwendig Maßnahmen zur sofortigen Umrüstung der Landwirtschaft zu ergreifen. Die Altairegion ist eine zukunftsträchtige Zone zur Entwicklung des bewässerten Feldbaus.

Als Mitglied der Kommission des ZK der KPdSU für Fragen der Agrarpolitik habe ich an der Ausarbeitung der Vorschläge zum Plenum teilgenommen, sagte der Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine **I. G. Grinzow** in seinem Diskussionsbeitrag. Ich bin der Meinung, daß der konkrete ökonomische Mechanismus zur Realisierung der politischen Bestimmungen des Plenums des ZK der KPdSU von der Staatlichen Plankommission, von den Ministerien und zentralen Staatsbehörden weit bearbeitet werden muß.

Aber dabei darf nicht zugelassen werden, daß wichtige Parteibeschlüsse durch behördliche Instruktionen verwässert werden. Die Staatliche Plankommission muß wissenschaftlich begründete Normative für Lieferungen von Getreide, Viehzucht- und andere Produkten unter Berücksichtigung der Natur- und Wirtschaftsbedingungen der verschiedenen Regionen des Landes, der Struktur der Bevölkerung und der Struktur der Landwirtschaftsproduktion erarbeiten.

Unserer Meinung nach fordert auch die Ausgangsbasis zur Bestimmung des Produktionsumfanges und der Lieferung von Erzeugnissen gemäß den Staatsaufträgen an den Unionsfonds für die dreizehnte Fünfjahrplanperiode eine Präzisierung, denn von der Realität dieser Pläne hängt auch die Finanzlage der Agrarbetriebe ab. Wir gehen davon aus, daß die Pläne für die Fünfjahrplanperiode real und ausbalanciert sowie unbedingt mit materiell-technischen Ressourcen ausgestattet sein müssen. Der überplanmäßige Verkauf muß durch den Preis stimuliert werden. Es entstehen einige Fragen, sagte der Redner, die von den Unionsorganen gelöst werden müssen, und das betrifft nicht nur die Ukraine. Heute stehen wir vor dem Fakt, daß die Hälfte der Kolchose und Sowchose unter den Bedingungen der Eigenfinanzierung die erweiterte Reproduktion aus eigenen Mitteln nicht in hohem Tempo führen kann. Die Last der alten Schulden drückt.

Richtig ist unserer Meinung nach, der Vorschlag, den Ministerrat der UdSSR zu beauftragen, die Sachlage mit den Kreditverschuldungen der Agrarbetriebe noch einmal zu analysieren und einen Teil der Schulden zu erlassen.

Schon seit langem bewegt uns die Frage des äquivalenten Austausches zwischen Industrie und Landwirtschaft. Nach Angaben des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR stiegen in den letzten 25 Jahren die Großhandelspreise für Brennstoff, Mineral- und Rohstoffressourcen, Technik, Baumaterialien, Düngemittel und Dienste für die Dörfer in schnellerem Tempo im Vergleich zu den Aufkaufspreisen. Das führte zu Verzerrungen und Disproportionen in der zweigübergreifenden Struktur. Wenn keine strenge Preisparität eingeführt wird, so kann man auf den Erfolg bei der Lösung des Nahrungsmittelsproblems kaum hoffen.

Auf dieses Plenum haben alle Sowjetmenschen gewartet, sagte **N. W. Perewersewa**, Mechanisatorin im Kolchos „Put Lenina", Gebiet Rostow, denn von seinen Beschlüssen wird das Leben unseres Volkes, der Reichtum unseres Landes abhängen.

Jetzt werden Überlegungen darüber angestellt, ob die Kolchose auch weiterhin bestehen sollen. Mir, einer einfachen Kolchosbäuerin, ist es unheimlich, so etwas zu hören. Ich denke, daß man gerade jetzt neue Wege und Formen bei der Leitung der Kolchose suchen muß. Sie waren vergrößert worden. Vielleicht ist es jetzt deshalb etwas komplizierter und schwieriger, sie zu leiten. Gerade darum muß man in den Kolchosen kleine Pächterkollektive bilden, wie wir sie nennen.

Ich war viele Jahre lang Mitglied einer Arbeitsgruppe. Solche Gruppen erzielten gute Ergebnisse, da herrschte gute Disziplin, die Menschen waren sich ihrer Verantwortung bewußt. Deshalb bin ich der Meinung, daß die beste Form der Arbeitsorganisation die Pacht ist. Diesen Standpunkt bekräftigte die Rednerin mit konkreten Beispielen aus ihrem Agrarbetrieb.

Unsere Kolchose sind jedoch in ungenügendem Maße mit guter Technik ausgerüstet, fügte sie dann hinzu. Außerdem sind die Preise zu hoch. Es kommt vor, daß eine gewisse Maschine vorerst noch als Konstruktionszeichnung besteht, doch man weiß schon, was sie kosten wird.

Die reale Preishöhe jedoch muß man festlegen, wenn wir sie in unserer praktischen Arbeit erprobt haben, wenn die Mechanisatoren sie gemeistert haben. Und wenn es wirklich eine gute Landmaschine ist, dann kann sie sogar ein wenig teurer werden — in bestimmten Grenzen natürlich. Aber nachher, nicht im voraus.

Ich arbeite schon viele Jahre lang, zunächst mit Anhängemähdreschern; durch meine Hände gingen alle Mähdrescher mit Eigenatrieb, ab 1982 wechselte ich auf einen mit Namen Don-1500 über. Ich muß sagen, das ist eine sehr gute Erntemaschine. Es ist zu wünschen, daß all unsere Technik in Zukunft zuverlässiger werde. Das ist sehr wichtig.

Und noch etwas. Jetzt wird die Frage der verwaisten Ländereien erörtert. Ich als Getreidebäuerin und Frau denke an dieses Problem mit Herzbeklämmung. Um zu diesen Ländereien Wege zu bauen und dorthin Menschen zu schicken, werden Mittel bereitgestellt, doch sie reichen noch nicht aus. Aber nicht nur darin besteht das Problem. Man benötigt frische Kräfte.

Und bei uns sind davon nicht wenige herangewachsen. Viele junge Fachkräfte haben Hochschulen absolviert und verfügen über praktische Erfahrungen. Ich denke, gerade solche jungen energischen Menschen, die bestrebt sind, Selbständigkeit zu erlangen, müssen dorthin geschickt werden, damit sie sich dort bewähren und die Menschen anleiten. Ist doch das Land für den Bauern das Wichtigste im Leben.

N. M. Olshanski, Minister für Mineraldüngerproduktion berichtete dem Plenum darüber, daß in den drei Jahren des Fünfjahrplans von den geplanten neuen Kapazitäten für Düngerproduktion für 5 Millionen Tonnen faktisch nur für 2,4 Millionen Tonnen eingeführt worden sind. Somit hat das Tempo der Schaffung neuer und der Rekonstruktion der vorhandenen Kapazitäten für die Düngerproduktion einen bedrohenden Tiefstand erlangt. Es ist absolut klar: Um die Aufgabe zu erfüllen, 1995 die Produktion von Mineraldünger um 10 Millionen Tonnen zu vergrößern, müssen die Bauumfänge zumindest verdoppelt und die Verluste beim Transport vom Betrieb zum Feld verringert werden. Das kann durch den Ausbau der Lagerräume erreicht werden.

Zugleich will es uns scheinen, daß die Vergrößerung der Produktion von Mineraldüngern allein kein ganz richtiger Weg ist. Die Mineraldünger müssen mit den organischen Düngern — mit Sapropel und Torf — bilanziert werden. Man muß endlich die Bodenentsäuerung in Angriff nehmen. Es gilt, die Balance zwischen der Anwendung von Mineraldüngern und den Pflanzenschutzmitteln entschieden verändern.

Im laufenden Planjahrfünft hatten wir für den Naturschutz in den Jahren von 1986 bis 1990 etwa 700 Millionen Rubel eingeplant, doch man muß ehrlich sagen, daß die örtlichen Organe in den Republiken, Regionen, Gebieten usw. in letzter Zeit den Weg der überstützten Schließung der Chemiebetriebe eingeschaltet haben, statt neue Naturschutzanlagen zu bauen. Das bezieht sich in erster Linie auf Estland, Lettland und Litauen sowie die Gebiete Wolgograd, Leningrad, Odessa und einige andere. Aber dieselben Gebiete fordern mehr Mineraldünger und chemische Schädlingsbekämpfungsmittel, und unser Land muß sie dann für Hunderte Millionen Devisenrubel ankaufen. Ich denke, diese Linie ist mit der Umgestaltung unvereinbar.

Umsonst wird meiner Meinung nach der Apparat der Ministerien und zuweilen auch der Minister dessen beschuldigt, daß wir gegen die Offenheit, gegen die Kritik sind. Ich bin über zwei Jahre lang als Minister tätig und kann sicher behaupten, daß dies nicht stimmt. Wir sind für Offenheit und Kritik. Dabei aber für eine sachliche, objektive, gerechte und ehrliche Kritik. Man darf nicht Offenheit mit Verantwortungslosigkeit verwechseln. Der Poet Wosnesenski hatte beispielsweise den Beitrag „Poesie ohne Nitrate" geschrieben, den die Zeitung „Iswestija" veröffentlichte. Dort heißt es unter anderem, das Gesetz in Dänemark und den Niederlanden verbiete es, chemische Düngemittel zu verwenden. In Wirklichkeit gibt es dort kein solches Gesetz. In Dänemark werden jedem Hektar Ackerland über 300 Kilogramm Düngemittel und in den Niederlanden — 800 davon zugeführt. Ich kann die Position des geachteten Schriftstellers Adyl Jakubow nicht teilen, der in der „Literaturnaja Gaseta" einen Beitrag publizierte, wo es sich darum handelt, daß man in Usbekistan über 50 Kilogramm verschiedener Pestizide je Hektar Ackerland streut, während es faktisch nur 4,5 Kilogramm sind. Leider könnte man mehrere solche Beispiele anführen.

Eine solche Offenheit und Kritik darf man, glaube ich, nicht teilen.

Bei uns fand neulich die Sitzung des Unionsrates der Kolchose statt, sagte dessen Vorsitzender **I. I. Kuchar**, auf der die Frage des Schicksals unserer Bauern und unserer Dörfer sehr zeitgemäß aufgeworfen wurde. Wir sagen, daß wir dem Bauern Freiheit geben, ihm die Freiheit der Arbeit garantieren. Dem ist wirklich so. Wir haben ein Gesetz über die Kooperation in der UdSSR verabschiedet. Angenommen ist ein Musterstatut der Kolchose, auf dessen Grundlage die Statute jedes Kolchos ausgearbeitet werden. Warum befolgen aber jetzt nicht alle das Gesetz über die Kooperation, berücksichtigen nicht alle das Musterstatut? Wir baten das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, dem Musterstatut den Status eines Rechtsdokuments zu verleihen. Man sagte uns, das sei unmöglich. Diese Frage muß gelöst werden — das ist der Auftrag unserer Kolchosbauern.

Uns bewegen heute sehr die Fragen von allerlei Abführungen aus den Kolchoskassen. Heute muß man wirklich alles bezahlen, man muß aber auch aufmerksam hinsehen, wofür und wie man zahlt. Man hat beispielsweise verschiedene Firmen — „Getreide", „Mais" und „Raps" — geschaffen. Und da muß man dafür, daß diese Firmen Saatgut anbauen und deren Vertreter zwei oder dreimal in Betrieb auftauchen, kolossale Gelder abführen. Die Preise für Technik sind rapide gestiegen. Die Kolchose müssen ökonomisch geschützt werden.

Ferner akzentuierte der Redner die Notwendigkeit, für die Kolchosbauern aktiver Fragen der Sozialversicherung und Rentenversorgung zu lösen.

Die Frage muß heute so stehen, daß das Bündnis der Arbeiter und Bauern noch mehr erstarken soll. Ich bin der Meinung, daß die Gewerkschaften heute in dieser Hinsicht zu wenig leisten. Niemand hat sich sogar an die Gewerkschaften erinnert, wo sie doch eine Kraft sind, die die Arbeiterklasse mit der Bauernschaft verbindet.

Das komplizierteste Problem, das die Wissenschaft direkt angeht, sagte **A. A. Nikonow**, Präsident der Lenin-Unionsakademie der Landwirtschaftswissenschaften, ist dasjenige, unsere Agrarwirtschaft aus dem extensiven und aufwandintensiven Stand in einen effektiven und wissenschaftsintensiven Zweig zu verwandeln.

Unter den akuten und noch ungelösten Problemen der Wissenschaft sonderte der Redner das Problem von Futtereiweiß aus. Es hemmt sehr die Steigerung der Fleisch- und Milchproduktion. Die Rolle der Wissenschaft steigt jetzt sprunghaft. Sie muß stark sein. Ganz richtig wurden im Bericht ihre Mängel erwähnt, die Redner übten mit Recht Kritik.

Wir haben viele Mängel: Gemächtlichkeit, Zurückbleiben gegenüber dem Weltstand, große Verschuldungen in sozialökonomischen und biologischen Problemen. Im Laufe der Umgestaltung kommen in verschiedenen Gegenden des Landes viele neue Formen der Arbeitsorganisation im Dorfe auf, und wir kommen nicht nach, sie gründlich zu erforschen. Jetzt beginnen wir, uns ernsthaft mit dem Pachtvertrag zu befassen. In der nächsten Zeit werden die Kolchose und Sowchose, unsere Pächter viel Nachschlageliteratur und Lehrbehelfe über den Pachtvertrag erhalten. Nie jedoch, so erklärte der Redner, haben wir der Führung des Landes unzuverlässige Zauberstäbe in die Hand gespielt, wessen uns manche Leute in der Presse und bei Diskussionen zu beschuldigen suchen.

Wir bemühen uns, sagte er ferner, den Beschluß von 1987 über die Umgestaltung der Agrarwissenschaft gewissenhaft zu realisieren. Mit Hilfe des Staatlichen Komitees des Ministerrats der UdSSR für Wissenschaft und Technik gehen wir zum Wettbewerbssystem der Planung und Finanzierung über und haben auch in allen Instituten wirtschaftliche Rechnungsführung eingeführt. Bisher hat jedoch im System „Wissenschaft — Produktion" das Bindeglied gefehlt. In Instituten werden Forschungen durchgeführt, die Entwicklungen werden in Versuchswirtschaften geprüft, dort wird auch Elitegut angebaut, und weiter kommt eine Kluft. Gegenwärtig bemühen wir uns, diese Lücke durch wissenschaftliche Produktionssysteme auszufüllen. Wir werden sie erweitern, werden vertragsmäßig arbeitende Beratungsgruppen und -stellen schaffen und andere im Zuge der Umgestaltung entstehenden Formen einführen.

Die Effektivität der wissenschaftlichen Entwicklungen wird stark durch die schwache materiell-technische Grundlage verringert.

Der Redner brachte ferner seine Besorgnis zum Ausdruck, im Zusammenhang mit der geplanten Übergabe der zweiggebundenen Forschungskomplexe an die neuentstehende Kommission für Lebensmittelproduktion und -aufkauf. Nach seiner Meinung wird die Übergabe dieser Gruppe von Leitinstituten mit ihrer Versuchsbasis des Systems der Lenin-Unionsakademie der Landwirtschaftswissenschaften und anderer Behörden praktisch bedeuten, daß die Wissenschaft eine Fortsetzung des Administrativapparats darstellen wird. Während wir gegenwärtig mit den Methoden des Administrierens in der Produktion aufräumen, so können sie in der Agrarwissenschaft entstehen. Die Empfänglichkeit gegenüber wissenschaftlichen Entwicklungen, sagte er, bildet heute den Schlüssel zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Und diesen Weg werden wir gehen.

Das Schlußwort hielt M. S. Gorbatschow. Es wird demnächst in der Presse veröffentlicht.

(TASS)

Treffen mit Journalisten

Das zu Ende gegangene Plenum des ZK der KPdSU faßte Beschlüsse von großer Tragweite, die die Agrarpolitik der Umgestaltungsperiode, ihre Ziele, Hauptrichtungen und Prinzipien bestimmen werden. Die Hauptaufgabe dieser Politik ist die Gewährleistung der vorrangigen Entwicklung des landwirtschaftlichen Sektors der Ökonomik und der Erzeugung ausreichender Mengen von Lebensmitteln im Lande. Davon ging die Rede am 16. März im Pressezentrum des Außenministeriums der UdSSR während eines Treffens mit sowjetischen und ausländischen Journalisten. Kommentare zu den Ergebnissen des Plenums gaben die Genossen J. K. Ligatschow, W. A. Medwedew und V. P. Nikonow.

An der Pressekonferenz beteiligten sich der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR W. S. Murachowski und der Leiter der Ideologischen Abteilung des ZK der KPdSU A. S. Kapto.

Die Antworten auf die zahlreichen Fragen der Korrespondenten berührten sowohl Probleme der Agrarpolitik der Partei als auch die Ergebnisse der Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR von der Kommunistischen Partei.

(TASS)

Fernsehen

Montag

20. März

Moskau. 7.00 120 Minuten. 9.05 Fußballrundschau. 9.35 A. Kosenkow. „Eine Nacht zum Nachdenken". Bühnenaufführung. 11.45 Nachrichten. 11.55 Augenscheinlich — unwahrscheinlich. 12.55 Es spielt E. Moskwitina. (Harfe). 13.20—13.40 Melodien der Heimaterde. 16.00 Nachrichten. 16.10 Den Wahlen entgegen. 16.20 Sendung für Kinder. 17.20 Überlegungen auf dem Platz. Dokumentarfilm. 18.00 Volksmelodien. 18.45 Fußballrundschau. 19.15 Interview mit dem Kulturminister der UdSSR V. G. Sacharow. 19.55 „Chowanschtschina". Oper von M. P. Mussorgski. Bühnenaufführung. 21.30 Zeit. 22.05 Den Wahlen entgegen. 22.10 Fortsetzung der Oper „Chowanschtschina". 00.25—00.45 Heute in der Welt.

Zweites Sendeprogramm. 9.00 Morgengymnastik. 9.15 Aus dem Leben von „Elite". Populärwissenschaftlicher Film. 9.35 (10.35) Physik. 9. Klasse. 10.05 Italienisch für Sie. 11.05 Für Berufsschüler. Grundlagen der Informatik und Rechentechnik. 11.35 (12.35) Astronomie. 10. Klasse. Die Sterne. 12.05 Unser Garten. 13.05 Die letzte Heldentat Kamos. Spielfilm. 14.35 Nachrichten. 14.45 Der Volkskünstler der RSFSR S. Dorenski spielt Werke F. Chopins. 15.10—15.40 Das Andenken. Dokumentarfilm. 17.35 Nachrichten. 17.45 Transit. Spielfilm. 1. Folge. 19.00 Ich diene der Sowjetunion. 20.00 Weltmeisterschaft in Leichtathletik. 20.30 Gute Nacht, Kinder! 20.45 Die sonderbaren Abenteuer des Kapitäns Lepke. Dokumentarfilm. 21.30 Zeit. 22.05 Den Wahlen entgegen. 22.10 Transit. Spielfilm. 1. Folge. 23.25 Nachrichten. 23.30—00.15 Misikprogramm.

Alma-Ata. 16.00 In Kasachisch. 17.30 In Russisch. Die Hirtin am Brunnen. Spielfilm. 18.25 Ländliches Panorama. Viehwinterung in den Agrarbetrieben der Gebiete Kustanai und Dsheskasgan. 18.55 Nachrichten. 19.00 Die Presse des Landes und die Umgestaltung. 19.55 Frühling. 20.00 Informationsprogramm „Kasachstan". 20.20 In Kasachisch. 21.30 **Moskau.** Zeit. 22.05 **Alma-Ata.** Die Rückkopplung. Spielfilm. 23.35 Wetterbericht, Sendeprogramm.

Dienstag

21. März

Moskau. 7.00 120 Minuten. 9.05 Zeichentrickfilme. 9.35 „Chowanschtschina". Oper von M. P. Mussorgski. Dazwischen (11.10—11.20) Nachrichten. 13.35 Es war... 13.55—14.55 Sendung für Kinder. 16.00 Nachrichten. 16.10 Den Wahlen entgegen. 16.20 Der Meister aus Rischtau Sch. Jussupow. 16.45 Dokumentarfilme aus der Sendereihe „Ländliche Horizonte". 17.40 Guten Tag, Musik! 18.30 Die Macht den Sowjets. Fernsehbrücke. 19.15 Heute in der Welt. 19.30 Weltmeisterschaft in Eiskunstlaufen. 21.30 Zeit. 22.05 Den Wahlen entgegen. 22.15 Begegnung mit dem Filmregisseur A. German im Konzertstudio Ostankino. 23.45 Heute in der Welt. 24.00 Ein Abend in der Taverne. Bühnenaufführung.

Zweites Sendeprogramm. 9.00 Morgengymnastik. 19.15 Dort, wo die Mammute weideten. Populärwissenschaftlicher Film. 9.35 (10.35) Physik. 10. Klasse. Moderne Kommunikationsmittel. 10.05 Französisch für Sie. 1. Lehrjahr. 11.05 Agro. Fernsehmagazin. 11.35 (12.35) Erdkunde. 6. Klasse. 12.05 Französisch für Sie. 2. Lehrjahr. 13.05 Transit. Spielfilm. 1. Folge. 14.20 Rhythmische Gymnastik. 14.50 Nachrichten. 15.00—15.30 Die Schauspieler und die Rolle. Dokumentarfilm. 17.35 Nachrichten. 17.45 Transit. Spielfilm. 2. Folge. 18.50 Rhythmische Gymnastik. 19.20 Sendung des Baschkirischen Fernsehens. 20.30 Gute Nacht, Kinder! 20.45 Ich suche einen Sekundanten. Dokumentarfilm. 21.05 Konzert des Volksinstrumentenorchesters (Kasan). 21.30 Zeit. 22.05 Den Wahlen entgegen. 22.15 Transit. Spielfilm. 2. Folge. 23.20 Musikprogramm der Morgenpost. 23.50 Nachrichten. 23.55—00.35 Musikprogramm.

Alma-Ata. 15.45 In Kasachisch. 20.20 In Russisch. Informationsprogramm „Kasachstan". 20.40 Die Wahlen: Schule der Demokratie. Gespräch mit dem Volksdeputiertenkandidaten der UdSSR, Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans W. G. Anufrijew. 21.10 Konzertfilm. 21.30 **Moskau.** Zeit. 22.05 **Alma-Ata.** Werbung. 22.15 Schöpferischer Abend Muchtar Schachanows. 23.45 Wetterbericht, Sendeprogramm.

Chefredakteur
Konstantin EHRLICH

Unsere Anschrift:
Kasachische SSR,
480044, Alma-Ata,
ul. M. Gorkogo, 50,
4-ij etaż

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat—33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur—33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

УГ01127 Заказ 12008